



## Eröffnung der Stadtratssitzung

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Hiermit eröffne ich die siebte Sitzung dieses Jahres und ich hoffe, es handelt sich nicht um die verflixte siebte Sitzung. Ich begrüsse Sie ganz herzlich, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat und vom Gemeinderat, ebenso die Medienvertreterinnen und -vertreter sowie allfällige Gäste. Besonders willkommen heissen möchte ich heute unser neues Ratsmitglied André Rentsch, der für Carol Howald nun neu hier bei uns dabei ist. Ich wünsche Dir alles Gute, viele Freude beim Debattieren und viel Erfolg. Daneben darf ich noch eine besondere Gratulation aussprechen, hat Langenthal doch seit vergangenem Samstag eine neue Erdenbürgerin mehr. Ich möchte dabei unserem Stadtpräsidenten und seiner Familie wie auch seiner Frau ganz herzlich zur Tochter Lina Clara gratulieren, die am Samstag auf die Welt kam. Ich hörte, dass alle gesund und munter sind. Wir wünschen von unserer Seite aus alles Gute und ein gutes Zusammenwachsen!

*(Applaus)*

Wie Sie alle in den Unterlagen sehen konnten, haben wir immer noch diese Pandemie und deshalb gibt es ja auch dieses Schutzkonzept. Ich möchte Sie deshalb bitten, in der Sitzung weiterhin die Maske zu tragen, beim Reden am Mikrophon aber kurz abzunehmen, damit wir einander auch besser verstehen. Besten Dank, dass Sie diese Schutzmassnahmen einhalten, die zum Schutz von uns allen sind. Vielleicht gerade in diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, gerade auch, wenn ich zwischendurch einmal husten muss und Sie es an meiner Stimme hören, dass dies nichts mit Covid zu tun hat, sondern einer Erkältung geschuldet ist, die im Moment einfach nicht wegbringe.

Das Protokoll der letzten beiden Stadtratssitzungen vom 30. August und vom 20. September 2021 sind auf dem Internet aufgeschaltet und Sie konnten diese entsprechend zur Kenntnis nehmen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Beteiligten für das Verfassen und Durchlesen bedanken.

Und nun bitte ich unsere Stadtratssekretärin Simone Burkhard Schneider um den Appell. Sie wird Ihnen dann auch noch etwas zu diesen Couverts sagen, die auf Ihren Tischen liegen.

**Simone Burkhard Schneider:** Guten Abend miteinander. Sie sahen diese Couverts und teilweise öffneten Sie sie auch bereits. Das Verwaltungsgebäude erhält ein neues Schliesssystem, das wir nun für die Bürotüren und die Haupteingangstüren am Wechseln sind und schrittweise erfolgt. Sie bekommen nun einen Badge, sodass man nicht mehr einen Schlüssel ins Schloss einführen muss, sondern nur den Badge hinhalten muss und dann sollte die Türe im besten Fall grün leuchten und den Zugang ermöglichen. Ich bin froh, wenn Sie mir die Schlüsselquittung unterzeichnen und gerne auch quittiert auf dem Tisch deponieren, sodass ich sie dann nach der Sitzung gerne abholen komme. Da wir noch nicht genau wissen, per wann das Schliesssystem bei der Haupteingangstüre ausgewechselt wird, verzichtete ich darauf, dass Sie gleichzeitig auch den alten Schlüssel retournieren, sodass wir dies auf die nächste Sitzung vom 29. November 2021 verschieben. Das heisst somit, dass Sie im Moment über zwei Schlüssel verfügen und sobald dann das Hauptschloss ausgewechselt ist, werden Sie per Mail von mir informiert, dass danach nicht beide Schlüssel für den Zutritt erforderlich sind. Aber so bleibt sichergestellt, dass Sie für das Aktenstudium der Sitzung vom 29. November 2021 jederzeit Zugang zum Verwaltungsgebäude haben. Besten Dank.

Die Sekretärin Simone Burkhard Schneider führt die Anwesenheitskontrolle durch:

- 34 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend.<sup>1</sup>
  - 5 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Ich stelle somit zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest. Der Versand der Traktandenliste und die Aktenaufgabe erfolgte vorschriftsgemäss.

<sup>1</sup>Ab 19.19 Uhr sind 35 Stadratsmitglieder anwesend.



## **Stadtrat**

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 1. November 2021

Gleichzeitig stehen die Akten auch auf der Webseite der Stadt Langenthal zum Download zur Verfügung. Gibt es Bemerkungen zur Traktandenliste? Wenn dies nicht der Fall ist, kommen wir zu Traktandum Nr. 1.



# Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 1. November 2021

---

## 1. **Protokolle der Stadtratssitzungen vom 30. August 2021 und 20. September 2021: Kenntnisnahme**

---

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Hier geht es, wie bereits erwähnt, um die beiden Protokolle der Sitzungen vom 30. August, respektive 20. September 2021. Dabei geht es um deren Kenntnisnahme. Hat jemand Bemerkungen dazu? Das scheint nicht der Fall zu sein, sodass wir fortfahren und zu Traktandum Nr. 2 übergehen.



## 2. Reglement über die Mehrwertabgabe (MWAR): Revision: Genehmigung

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Zur Genehmigung des Reglements über die Mehrwertabgabe frage ich an, ob das Eintreten bestritten wird?

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Da dies nicht bestritten wird, steigen wir in die Beratung ein. Dazu bitte ich den Beratungsablauf einzublenden. Daraus ersehen Sie,

dass es zuerst um die Berichterstattung geht, wozu Reto Müller, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen, bereits parat steht. Anschliessend erfolgt die Stellungnahme der Fraktionen sowie der Einzelsprechenden, um danach mit der Detailberatung zu beginnen. Ich möchte zum allgemeinen Verständnis hier nochmals erwähnen, dass der Gemeinderat eine 2. Lesung beantragt. Zum Schluss der Detailberatung werden wir über diesen Antrag abstimmen. Wenn dieser Antrag abgelehnt wird und es zu keiner 2. Lesung kommt, würden wir anschliessend direkt zur Abstimmung schreiten. Darauf wollte ich an dieser Stelle zum allgemein besseren Verständnis nochmals hinweisen. Somit müssten keine Anträge gestellt werden, wenn Sie keine 2. Lesung befürworten. So bitte ich nun Reto Müller um sein Votum.

Stadtrat  
Montag, 1. November 2021, Traktandum Nr. 2  
Beratungsablauf

Traktandum Nr. 2 **Reglement über die Mehrwertabgabe (MWAR): Revision: Genehmigung**

Allgemeine Beratung: A Berichterstattung  
■ Stadtpräsident Reto Müller, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen  
■ Geschäftsprüfungskommission

B Stellungnahmen (Allgemeines zur Vorlage)  
■ Stellungnahmen Fraktionen  
■ Stellungnahmen Einzelsprechende

Detailberatung: C Beratung des Reglements (Beratungsgrundlage: Entwurf vom 25. August 2021 inkl. Beilage)  
■ Artikelweise Durchsicht/Abstimmung über gestellte Anträge  
■ Schlusswort Gemeinderat

D Abstimmung

→ Nur falls die Durchführung einer zweiten Lesung abgelehnt wird:  
E Schlussabstimmung über die Vorlage

### A Berichterstattung

**Stadtpräsident Reto Müller (SP):** Ich nutze an dieser Stelle die Gelegenheit, mich für all die Gratulationen zu bedanken. Wir haben grosse Freude. Mein Beitrag war klein und bescheiden, und doch mitentscheidend, beinahe so wie bei dieser Gesetzgebung, die Sie heute Abend nun beraten.

Es geht hier also um die Reglementsrevision über die Mehrwertabgabe. Und diejenigen, die schon etwas länger dabei sind, wissen, dass wir das letzte Reglement, respektive dasjenige, das heute Gültigkeit hat, mit einer Frist versahen, weil wir dort mehrheitlich dem Musterreglement folgten und der Stadtrat davon nicht sehr überzeugt war, dass es sich dabei um ein wirklich gutes Reglement handelt. Deshalb wurde die Gültigkeit dieses Reglements befristet und diese Frist in der Zwischenzeit auch bereits einmal verlängert. Der Gemeinderat setzte am 12. September 2018 eine nicht ständige Kommission ein, die in acht längeren und ausführlichen Sitzungen diese Revisionsvorlage vorbereitete, die der Gemeinderat nun dem Stadtrat unterbreitet. Sie sahen, dass es gerade deshalb Zeit in Anspruch nahm, weil man sich wirklich auch in die Sache hineinkniete.

Ausgangslage

Nach Art. 8 des Reglements (aMWAR) vom 29. Oktober 2018 ist die Befugnis zum Erheben einer Mehrwertabgabe befristet. Der Gemeinderat setzte per Beschluss vom 12. September 2018 eine nicht ständige Kommission ein. Die Kommission erarbeitete in 8 Sitzungen eine Revisionsvorlage aus, welche der Gemeinderat nun dem Stadtrat unterbreitet.



Wir haben im Grundsatz einerseits den Anspruch von der übergeordneten Rechtsprechung, damit man einen angemessenen Ausgleich schafft für erhebliche Vor- und Nachteile bei Planungen gemäss dem Raumplanungsgesetz, das der Souverän per 1. Januar 2013 beschloss. Es ist so, dass bei Einzonungen mindestens 20% des Planungsvorteils ausgeglichen werden muss. Das kantonale Gesetz sieht erhebliche Freiheiten vor, sodass ein Handlungsspielraum besteht, den man einerseits als Rechtssetzungsfreiheit auf kommunaler Ebene positiv beurteilen kann. Andererseits kann man es aber auch etwas negativ betrachten, dass es im kantonalen Gesetz einen gewissen Interpretationsspielraum gibt oder dies auch Lücken ansieht. Die Kommission setzte sich wirklich auch zum Ziel, sämtliche wissentlich entdeckte Lücken auszulegen und dabei zu versuchen, die für Langenthal geltende Regelung positiv zu gestalten und eben auch entsprechend zu präzisieren.

Was sind nun aber die wichtigsten Änderungen und Neuerungen, die sich aus der Arbeit in der der Kommission ergaben? Sie lasen das Gesetz für heute ja sicherlich durch, sodass ich dies deshalb auch nur sehr kurz abhandeln werde. Wir haben in Art. 1 Abs. 3 neu einen Freibetrag von Fr. 30'000.00 festgelegt, der bei einem Planungsmehrwert, der diese Summe übersteigt, abgezogen werden kann. Wir haben nun bei den Um- und Aufzonen auch keine Freigrenze mehr definiert, wo hingegen bei den Einzonungen immer noch eine Freigrenze von Fr. 20'000.00 besteht. Hier diskutierte die Kommission lange darüber, ob eine Freigrenze oder ein Freibetrag besser ist, wobei ich hier die diesbezüglichen Mechanismen nicht noch einmal erkläre. Wir entschieden uns dann dafür, dass wir bei den Einzonungen, die in Langenthal wohl eben sehr selten oder gar nie mehr vorkommen werden, bei der Freigrenze bleiben, hingegen bei allen Um- und Aufzonen einen Freibetrag einsetzen, weil dies einer moderateren Ausgestaltung solcher Grenzen entspricht.

Zu Art. 1 Abs. 5 und Abs. 6 ist zu sagen, dass wir dort eine genaue Definition festlegten, wer in welchen Fällen abgabepflichtig ist. Dies geht zurück auf Grundeigentum und schliesst auch Grundeigentümerinnen und -eigentümer, die eine Ausübung im Baurecht vornehmen, mit ein. In diesem Bereich bestimmten wir eine scharfe Definition, da dort das kantonale Recht eben noch beides zulässt und auch noch immer darüber gestritten wird. In Art. 2 ist bei Einzonungen neu eine Mehrwertabgabe von 40% vorgesehen. Und Sie sehen hier auch, dass wir bei Um- und Aufzonen bei diesen 30% des planungsbedingten Mehrwerts blieben, was bereits zuvor Gültigkeit hatte. Warum erhöhte die Kommission die Abgabe auf 40%? Es kann einerseits ein erheblicher Mehrwert generiert werden, wenn jemand eine Einzonung vornehmen kann. Wenn neu eine Landzone einer Bauzone zugewiesen wird und jemand heutzutage noch von solch einem Glück betroffen ist, so war die Kommission der Meinung, dass man dafür zumindest 40% zugunsten der Allgemeinheit leisten darf und immer noch 60% des Mehrwertgewinns privat bleibt. Bei Um- und Aufzonen, was bei uns häufig vorkommt, will man aber verhindern, dass es zu einem Entwicklungs- oder Investitionsstau kommen kann, sodass man dort an diesen moderaten 30% festhielt. Wie Sie wissen, beschloss der Stadtrat bei der ersten Gesetzgebung 35% und nach der ersten Verlängerung zum heute geltenden Reglement wurden dann 30% festgelegt. Art. 2 enthält zudem

**Grundsatz**

Das übergeordnete Recht verlangt, dass ein angemessener Ausgleich für erhebliche Vor- und Nachteile durch Planungen nach dem RPG ausgeglichen werden. Die Planungsvorteile müssen mit einem Satz von mindestens 20% ausgeglichen werden.

Die heutige kantonale Gesetzgebung lässt den Gemeinden erhebliche Rechtsetzungsfreiheiten.

Die Kommission hat sämtliche (wissentlichen) Lücken ausgelegt und mit einer Regelung präzise zu gestalten versucht.

**Wichtigste Änderungen/Neuerungen aus der Kommission**

Art. 1, Abs. 3:  
Bei Um- oder Aufzonen gibt es einen Freibetrag von Fr. 30'000.00. Es gibt bei Um- oder Aufzonen keine Freigrenze mehr.

Art. 1, Abs. 5 & Abs.6:  
Genauere Definition der Abgabepflichtigkeiten (auch im Baurecht).

Art. 2:

- a. bei Einzonungen beträgt die MwSt-Abgabe 40%
- b. bei Um- und Aufzonen 30% des planungsbedingten Mehrwerts.

zudem: Festlegung betreffend Erhebung bei grossen Perimetern mit mehreren Grundeigentümer/Innen.



eine Bestimmung, wie wir mit verschiedenen oder mehreren Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern umgehen, die gemeinsam eine Entwicklung in einem grossen Perimeter planen. Es ist dort klar definiert, wie der Mehrwert dabei erhoben wird und danach anteilmässig auf die Parteien aufgeteilt werden soll.

Wir haben in Art. 3 eine eigene Langenthaler Bemessungsmethode festgelegt. Sie sehen sie hier eingeblendet und wenn Ihnen dies nun nichts sagt, so ist klar, dass sich diese Formel nur dann lesen lässt, wenn einem die Abkürzungen bekannt sind. Und die Formel lässt sich auch nur anhand der Verordnung verstehen, die in der Kompetenz des Gemeinderates liegt, aber nun auch der Konsultation beigelegt ist, damit Sie eine Einschätzung vornehmen können. In der Verordnung wird dabei festgelegt, wie nun eben dieses «M», das für den Mietwert steht und wie das «K», der sogenannte Kapitalisierungssatz, zu definieren sind. «LK» steht für Lageklasse und reicht somit als Methode sehr nahe an die Beurteilung der Lageklasse heran, wie man sie vom Schatzungswesen her kennt. Dabei kann dieser LK-Wert anhand von Tabellen, die im Anhang des Gesetzes aufgeführt werden, berechnet werden und somit zur Definition dieses planungsbedingten Mehrwerts führen. Auch dies geht zurück auf die Tatsache, dass der Gemeinderat der Meinung war, diese Mehrwertabgabe von externen Stellen rechnen zu lassen. Wir machten dies bislang mit einer FPRE<sup>1</sup> anhand einer DCF-Methode<sup>2</sup>. Dort war es so, dass man nicht wirklich zufrieden war und sich die Kommission einen Abend lang drei verschiedene Methoden von Schatzungen vorstellen liess, sodass man anschliessend versuchte, dafür eine Mehrheit zu finden und dabei auch herauszufinden, was nun wirklich für Langenthal der richtige Weg ist. Man konnte bislang bei dieser DCF-Methode einfach nie wirklich ganz nachvollziehen, wie dieses Berechnungsmodell konkret funktioniert. Es kommen dort verschiedene Parameter zur Anwendung, die man dabei noch einbringen kann und am Ende zu einem anderen Ergebnis führen kann, beispielsweise bezüglich des Anteils von Miet- und Eigentumswohnungen und deren allfällig etablierte Umsetzung. Insbesondere der Erhebungsaufwand wurde als zu hoch taxiert, kosten die Berechnungen anhand dieser DCF-Methode doch zwischen Fr. 15'000.00 und Fr. 25'000.00 pro Fall. Deshalb war man bemüht eine einfache Formel – bei dieser «einfachen» Formel geht es nun um die hier eingeblendete – für Langenthal einzuführen, damit auch Private Gelegenheit haben, einerseits die Berechnungsmethode zu verstehen und andererseits eventuell sogar die Berechnung des planerischen Mehrwerts selber vornehmen zu können, wenn ein entsprechendes Unterfangen angedacht ist. Wir sind nicht ganz die erste Gemeinde, die so etwas macht, gibt es doch die Gemeinde Münsingen, die ebenso eine eigene Berechnungsmethode einführte. Wir haben hier nun einfach eine auf Langenthal angewandte Präzisierung der Lageklassen-Methode vorgenommen und schlagen dies zur Umsetzung vor.

In Art. 5 liegen nun neu präzisere Regelungen vor, in welchem Fall der planerische Mehrwert fällig wird. Auch hier ist ganz klar festgelegt, mit welchen Ausnahmen man auch noch heutzutage rechnen kann, damit es nicht direkt zur ganzen Fälligkeit führt. Dies ist deshalb so, weil wir für unser Reglement festlegten, dass es keine Teilfälligkeiten geben soll.

Auch Art. 6 ist neu, ist aber wieder sehr nah am Musterreglement des Kantons Bern angelehnt. Es gibt dort vertragliche Regelungen bei Mehrwertabgaben betreffend des Materialabbaus und den Deponiezo- nen. Dies umfasst etwas, was wir aktuell noch nicht haben. Aber es kann ja nicht sein, dass man auf

Wichtigste Änderungen/Neuerungen aus der Kommission

stadtlangenthal

Art. 3  
Eigene Langenthaler Bemessungsmethode!  
 $(BGF \times 0,7 \times M \times LK \times 6,25\%/K)_{\text{neu}} - (BGF \times 0,7 \times M \times LK \times 6,25\%/K)_{\text{alt}}$   
Regelungen der Bemessungsmöglichkeiten im Streitfall.

Art. 5  
Präzise Regelungen zur Bestimmung der Fälligkeiten.

Art. 6:  
Vertragliche Regelungen bei Mehrwertabgaben von Materialabbau- und Deponiezo- nen.

<sup>1</sup> FPRE (Fahrländer Partner AG) = evidenzbasierte und wissenschaftlich fundierte Dienstleistungen und Tools für Akteure im Immobilienmarkt.

<sup>2</sup> DCF-Methode = Discounted-Cashflow-Methode als Modell zur Berechnung von Unternehmensbewertungen bzw. Immobilienwerten.




eine Erwähnung verzichtet, weil es im Moment noch nicht existiert. Deshalb entschied sich die Kommission auch dafür dies ins Reglement mitaufzunehmen. Sollten wir dereinst damit beginnen, auf dem Gemeindegebiet selber mit dem Abbau zu beginnen oder mit Wangen oder einer anderen Gold- und Kiesgrube fusionieren, so könnte diese Bestimmung dabei zum Tragen kommen.


Sodann gibt es noch Neuerungen, die nach der Kommissionsberatung Eingang in das Reglement fanden. Der Gemeinderat führte zwei Lesungen durch und fasste am 25. August 2021 noch drei zusätzliche Beschlüsse: Er passte unter Art. 7 die Verwendung der Erträge an, bei dem die Kommission bei der bisherigen Formulierung festhalten wollte. Demzufolge ergänzte der Gemeinderat die Bestimmung mit dem Zusatz: «Zur energetischen Sanierung von Gebäuden in städtischem Eigentum des Verwaltungsvermögens».

Das bedeutet, dass aus diesem Fonds, der dazu gebildet wird - oder aus dieser Spezialfinanzierung, um es nicht als Fonds zu bezeichnen, auch Gelder entnommen werden können, um damit unsere eigenen Gebäude energetisch sanieren zu können. Sodann wurden die Übergangsbestimmungen unter Art. 11 präzisiert, zu dem auch noch ein Antrag aus dem Ausschuss vorlag, der sich intensiv mit der Materie auseinandersetzte, was dann auch übernommen wurde. Ebenso wurde unter Art. 5 eine Präzisierung der Fälligkeiten vorgenommen. Hier wurde aus Sicht des zentralen Rechtsdienstes, respektive durch den Stadtschreiber, noch ein Wort ergänzt, was ebenfalls zur Präzisierung beitrug. Letztlich ging es noch um einen Antrag aus der Bau- und Planungskommission, der eine Vereinfachung der Informationen an die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer beabsichtigte, dass diese bis zum Ende der Auflage mitteilen können, ob sie mit der Bestimmungsmethode gemäss dem Langenthaler Modell einverstanden sind, oder ob der Gemeinderat eine andere Methode wählen soll. Wenn dann der Gemeinderat effektiv eine andere Methode wählen muss, weil der Grundeigentümer mit der Langenthaler Berechnung nicht einverstanden ist, so müssen die daraus resultierenden Kosten durch die Privatpersonen übernommen werden.

Nun stellt Ihnen der Gemeinderat heute Abend auch den Antrag, den Entscheid zur Reglementsrevision in zwei Lesungen durchzuführen. Dies deshalb, weil es sich um ein Gesetz handelt, was hier in Langenthal Reglement genannt wird. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass man sich hier wirklich vertieft damit auseinandersetzen sollte. Wenn der Stadtrat heute aber keine Anträge stellt, so bleibt etwas mehr Zeit, um dieses dann in Kraft zu setzen.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Arbeit zu dieser Revision aufwendig war. Aus Sicht der Kommission, und ich glaube auch aus Sicht des Gemeinderates liegt nun ein lückenloses Gesetz vor, was sich dann in der Praxis noch zu bewähren hat. Wir müssen dabei dann auch mit den Privaten schauen, wie man dies gut zur Anwendung bringen kann. Wir erhoffen uns aber durch diesen aufwendigen Prozess, den wir hier durchliefen, eine hohe Akzeptanz zu erreichen, was





stadtlangenthal 

### Wichtigste Änderungen/Neuerungen nach der Kommission

2 Lesungen im Gemeinderat. Beschlüsse vom 25. August 2021:

- Art. 7** – Verwendung der Erträge  
- zur energetischen Sanierung von Gebäuden in städtischem Eigentum des Verwaltungsvermögens.
- Art. 11** – Übergangsbestimmungen  
Präzisierungen. Antrag aus dem Ausschuss.
- Art. 5** – Fälligkeit  
Präzisierung.
- Art. 3** – Bemessungsgrundlage; Antrag der Bau- und Planungskommission.  
Vereinfachung der Information an die Grundeigentümer/innen.  
& **Antrag** an den Stadtrat zur Behandlung in 2 Lesungen.



stadtlangenthal 

### Fazit & Dank

- Umfassender und aufwändiger Prozess; Resultat: umfassendes und "lückenloses" Gesetz, das sich in der Praxis zu bewähren hat.
- Zu erhoffen: breite Akzeptanz aller Parteien und auch der künftigen Bauwilligen dank hoher Beteiligung und präziser Auseinandersetzung in der Kommission. Offen: Akzeptanz Ergebnis beim Kanton.
- Danke an die Projektleitung: Beatrice Ringgenberg, Stadtbauamt.
- Danke dem Ausschussmitglied: Diego Clavadetscher, Stadtrat
- Danke allen Kommissionsmitgliedern.
- Danke dem Support aus Stadtbauamt und ZD.



sich sogleich auch heute Abend zeigen wird. Doch wir blicken auf eine wirklich präzise Auseinandersetzung zurück, wobei noch offenbleibt, ob der Kanton zum Beispiel unsere eigenen Berechnungsmethoden zur Erhebung der Lageklassen letztendlich auch akzeptiert. Das beschreibt den einzigen Punkt, bei dem der Kanton hier einwirken kann, existiert doch für dieses Reglement auf kantonaler Stufe keine Genehmigungspflicht. Aber es ist so, dass der Kanton bei den Mehrwertabgabeverfügungen über ein Einspracherecht verfügt.

Ich möchte mich zum Schluss bedanken, insbesondere bei Beatrice Ringgenberg als Projektleiterin und bei Diego Clavadetscher als Ausschussmitglied. Ich möchte auch allen Kommissionsmitgliedern danken, die ich hier jetzt nicht namentlich aufführte. Ich weiss, dass wir lange und heftige Diskussionen führten, uns aber am Schluss mehrheitlich einig waren. Ebenso möchte ich mich auch für den erfahrenen Support bedanken, sei dies hinsichtlich des Protokolls, aber auch beim Stadtbauamt, dem zentralen Rechtsdienst und beim Stadtschreiber für die geleistete Arbeit. Merci vielmals.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Besten Dank Reto Müller für diese Ausführungen. Ich möchte nun Daniel Bösiger als Sprecher der GPK um seine Stellungnahme bitten.

**GPK-Sprecher Daniel Bösiger (SVP):** Ich knüpfe beim Thema an, bei dem wir zuvor einstiegen. Die Schwangerschaft dieses Reglements dauerte deutlich länger als die gewohnten neun Monate. Ebenso hörten wir, dass es sich um eine relativ schwierige Geburt handelte und noch offen ist, ob wir sie nun zu einem Happyend führen können und ob es dabei zwei Anläufe benötigt oder nur einen? In der vergangenen Legislatur fand das sogenannte Musterreglement zu wenig Anhänger, sodass diese parlamentarische Kommission gebildet wurde, wie der Stadtpräsident auch in der GPK dazu erläuterte. Die Kommission setzte sich in der Folge intensiv mit der Materie auseinander, sodass nun als Ergebnis ein umfassendes Reglement inklusive diesem Langenthaler Berechnungsmodell vorliegt. Der Gemeinderat nahm im Rahmen von zwei Lesungen diverse Änderungen vor, so wie dies beispielsweise anhand von Art. 7 aufgezeigt wurde. In der GPK-Beratung ging es dann darum, ob dieser Art. 7 durch das Raumplanungsgesetz gedeckt wird. Gemäss Auskunft der Verwaltung, respektive des Stadtbauamtes wurde uns bestätigt, dass dieser Punkt erfüllt ist. Ein Mitglied der GPK, das in dieser Kommission mitarbeitete, bewertete diesen Prozess mit dem Ping-Pong zwischen Legislative und Exekutive, was dann zu dieser Langenthaler Lösung führte, als sehr positiv, zumal dabei etwas deutlich Besseres erarbeitet werden konnte als es das Musterreglement vorsieht.

Aufgrund dieses speziellen Weges diskutierten wir bereits in der GPK darüber, ob denn eine 2. Lesung überhaupt nötig ist oder nicht, sodass wir diese Frage heute Abend auch bereits auf dem Schirm haben. Zum Schluss halte ich fest, dass die formelle Richtigkeit mit sechs Ja ohne Gegenstimme und einer Abwesenheit festgestellt werden konnte. Merci.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Ich danke auch Daniel Bösiger für seinen Bericht. So kommen wir gemäss Beratungsablauf zu Punkt B.

## **B Stellungnahmen**

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Hier in der allgemeinen Beratung geht es nun vorerst grundsätzlich um die gesamte Vorlage, sodass ich seitens der Fraktionen anfrage, wer sich dazu äussern möchte?

**SVP-Fraktion, Stefan Grossenbacher (SVP):** Die Fraktion besprach das ganze Reglement in einer guten Diskussion. Ich möchte hier der Kommission für ihre Arbeit danken, ist es doch keine Selbstverständlichkeit die Freizeit für ein solches Reglement herzugeben. Die Berechnungen sind nun auf eine relativ einfache Art vorzunehmen, was zum Vorteil führt, dass der Planer bereits frühzeitig den Bauherrn informieren kann, wie hoch die Abgabe ungefähr ausfallen wird.

Die Fraktion sieht nur eine Änderung vor, die ich eigentlich auch gleich hier vorbringen kann. Dabei geht es darum, dass wir in Art. 2 unter Lit. a beantragen, die Höhe der Mehrwertabgabe bei der Einzonung von 40% auf 30% zu reduzieren. Mit lit. b sind wir einverstanden. Merci.





**SP/GL-Fraktion, Gerhard Käser (SP):** Endlich ist es hier und das Warten lohnte sich für uns als SP/GL-Fraktion. Es liegt nun ein gutes Reglement vor, zumal man es sogar schaffte eine eigene Formel zu kreieren, die den ersten Tests standhielt. Dies zeigt, wie gut diese Kommission zusammengesetzt war. Für einen Laien war es doch recht schwierig dieser Gruppe zu folgen und dabei rede ich vor allem von mir. Wir verzichten heute auf die Diskussion, ob nun eine Abgabe von 30% oder 35% richtig ist, da wir die Nachfrage der Investoren im Moment zu wenig gut abschätzen können, werden uns aber vorbehalten, falls wir sehen, dass wir hier Millionenbeträge verlieren, mit einer Motion noch einmal auf diesen Entscheidung dieser 30% zurückzukommen und eine Erhöhung auf diese 35% vorschlagen werden. Wir werden als Fraktion diesem Gesetz und Reglement einstimmig zustimmen.

**FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP):** Die FDP/jll-Fraktion ist mit dem Inhalt dieses Reglements einverstanden. Dieses Reglement erfüllt ganz wesentliche Aspekte, die für uns und unsere Fraktion das rechtstaatliche Handeln zum Ausdruck bringen. Erstens gelang es an mehreren Orten Rechtssicherheit zu schaffen in einem Produkt, womit sich der Kanton nicht unbedingt Lorbeeren verdiente, da viele, viele wesentliche Fragen offenblieben. Es gelang über die Einführung des Freibetrags bei der Mehrwertabgabe eine progressive Steuerbelastung zu erzielen, was eben dazu führt, dass kleine Projekte prozentual auch weniger belastet werden als grosse Projekte. Es gelang mit verschiedenen Massnahmen einerseits wirtschaftsfreundliche, das heisst in der Umsetzung günstige Lösungen zu erarbeiten und andererseits gleichzeitig auch aber auch behördenfreundliche Lösungen zu finden, womit unserem Bedürfnis nach einer schlanken Verwaltung nachgelebt werden kann. Bei diesem Punkt denken wir vor allem an die einfache und nachvollziehbare Bemessungsmethode, die der Stadt jedes Jahr mehrere Fr. 10'000.00 an externen Expertenkosten ersparen wird.

Daneben denken wir auch an die Wirtschaftsfreundlichkeit, die sich daraus ergibt, dass man der Stadt Langenthal durch eine freiwillige Vorauszahlung der Mehrwertabgabe das gesetzliche Pfandrecht und die damit verbundenen Finanzierungsschwierigkeiten durch die Banken ersparen kann. Gleichzeitig auch dadurch, indem bei kleinen Projekten ein Aufschub der Mehrwertabgabe möglich ist, sodass auch dies einer bürgerfreundliche Lösung entspricht. Daneben führt es nebst der Bemessungsmethode auch zu einer behördenfreundlichen Lösung, indem bei Teilüberbauungen und Teilveräusserungen sofort eine volle Abrechnung vorliegt, sodass man innerhalb der Verwaltung kein kompliziertes System aufzubauen hat und die Rechtsunterworfenen die Möglichkeit besitzen, via Parzellenaufteilungen dem Nachteil dieser Lösung aus dem Weg zu gehen. Insgesamt liegt hier nun ein tolles Ergebnis vor; ein Ergebnis, das der Stadt Langenthal als Design-Stadt würdig ist. Dies ist eine innovative Lösung, die anderen Städten in diesem Kanton vorausseilt. Wie immer, wenn man sich innovativ verhält, kann es sein, dass man später vielleicht zurückgepfiffen wird. Aber wenn man im vorauseilenden Gehorsam seine Gestaltungsmacht und seine Gestaltungsmöglichkeiten nicht ausnutzt, so unternimmt man nichts und kommt nicht vorwärts. Auch diesbezüglich handelt es sich hier um ein freisinniges Projekt.

Wenn wir nun noch einmal schauen, wieso hier nun alle Fraktionen mit dem Ergebnis zufrieden scheinen, auch wenn wir die vierte Meinung noch nicht vernahmen, müssen wir noch einmal ein wenig auf den Prozess zurückblenden. Es fand vor fast genau drei Jahren eine denkwürdige Stadtratssitzung statt, die zu einem Artikel auf der Titelseite unserer Lokalzeitung mit dem Titel: «Der grosse Zankapfel» führte. Darin wurde beschrieben, dass es im Rahmen der damaligen Sitzung zu einem riesigen Knatsch zwischen Gemeinderat und Stadtrat kam. Dies wurde vielleicht von aussen so wahrgenommen, aber wenn man analysiert, an was es damals lag, so ging es nicht darum, dass der Stadtrat den Gemeinderat nicht mag und wahrscheinlich auch umgekehrt nicht, sondern es lag an einem institutionellen Fehler unserer Parlamentsdemokratie. Es gibt auf der einen Seite das Parlament und das Parlament ist die oberste Instanz in legislativen Fragen. Und die oberste Instanz benötigt zur Ausübung ihrer Verantwortung Zeit, um sich mit einem Thema auseinandersetzen zu können. Wenn sie dies eben nicht hat und Leute und Fraktionen Änderungsanträge einbringen, so führt dies dazu, dass sich viele Anträge gegen den Vorschlag des Gemeinderates wenden. Und das hat dann nichts damit zu tun, dass man die Kompetenz des Gemeinderates in Frage stellt, sondern dass man dies einfach erst in dem Moment anstossen kann,



wenn die Diskussion in der Öffentlichkeit mit 50 Personen stattfindet.

Im vorliegenden diesem Fall lief dies nicht so ab. In diesem Fall wurde eine Kommission eingesetzt und damit kam innerhalb unseres Milizsystems die Stärke unserer Demokratie zum Tragen. Verschiedene dieser Vorschläge wie beispielsweise die Bemessungsmethode oder die Möglichkeit der Vorauszahlung flossen von verschiedenen Kommissionsmitgliedern in diesen Entwurf ein, was zur Stärke unseres Landes und vor allem unserer Design-Stadt führt, dass eben Ideen eingebracht werden können. Dieses Potenzial sollten wir weiterhin nutzen und diesen Prozess weiterführen und weiter verbessern, sodass wir zu besseren Lösungen kommen. Dieser Prozess führte auch dazu, dass bei Beendigung der Kommissionsarbeit ein nächstes Gremium, nämlich der Gemeinderat, das Ganze mit einer gewissen Distanz kritisch begutachten konnte, dabei eine Qualitätskontrolle durchführte und Anpassungen vornahm, so wie sie nun vorliegen. Auch dies führte dazu, dass wir nun ein qualitativ besseres Reglement haben. Der langen Rede kurzer Sinn, wenn wir den Prozess und das Ergebnis von heute als richtig und gut erachten, sollten wir daraus unsere Lehren ziehen und die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Stadtrat auf einer vergleichsweise ähnlichen Basis aufbauen, sodass dies am Ende zu Entscheiden führt, die wir alle zusammen mit mehr oder weniger Begeisterung, aber mit einer bestimmten Gewissheit, dass hier Qualität vorliegt, verabschieden können. In diesem Sinn unterstützt unsere Fraktion diese Vorlage, so wie sie vorliegt und dann allenfalls noch unter Berücksichtigung einer Anpassung. Danke.

**glp/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (glp):** Auch die glp/EVP-Fraktion ist sehr zufrieden damit und wir nahmen insbesondere auch den Prozess positiv wahr und sind auch mit dem Endresultat zufrieden. Besonders zufrieden sind wir mit Vorschlag, dass das Abschöpfen des Mehrwerts für energetische Gebäudesanierungen eingesetzt werden kann, was auch dringend nötig ist. In dem Sinn werden wir dieser Vorlage einstimmig zustimmen.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Merci vielmals. So möchte ich noch fragen, ob es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher gibt?

**Robert Kummer (FDP):** Ich hätte nur einen Antrag für den Fall, dass der SVP-Antrag angenommen wird und es mir dabei allein um eine Vereinfachung geht. Wir haben in Art. 2 ja diese lit. a und lit. b. und da es dann bei beiden um 30% gehen würde, würde sich dies erübrigen. So würde es dann heissen: «Bei Einzonungen, Um- und Aufzonungen des planungsbedingten Mehrwerts» sind 30% geschuldet. Es geht hier einfach um eine redaktionelle Anpassung und ich weiss jetzt nicht, ob ich dies jetzt hätte vorbringen sollen, nicht dass es dann zu spät ist. Merci.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Merci vielmals. Gibt es noch weitere Einzelsprechende zur Vorlage? Das scheint jetzt nicht mehr der Fall zu sein.

## C Beratung des Reglements

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** So würden wir nun zur Detailberatung unter Punkt C kommen. Dabei geht es um die artikelweise Beratung des Reglements. Möchte sich jemand von den Fraktionen oder als Einzelsprecherin oder Einzelsprecher zu Wort melden? Gut, so beginnen wir mit Art. 1.

### Art. 1

*Ohne Wortmeldung.*

### Art. 2

Zu Art. 2 wurde ja bereits ein Antrag angekündigt. Möchtest Du, Stefan Grossenbacher, noch einmal etwas dazu sagen?

**SVP-Fraktion, Stefan Grossenbacher (SVP):** Nein, ich glaube nicht, ist er doch deutlich genug. Anstelle des Vorschlags des Gemeinderates mit 40% schlagen wir 30% vor. Merci.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Besten Dank für diesen Antrag. Gibt es dazu Wortmeldungen von Fraktionen? Eine Stellungnahme dazu hörten wir ja bereits. Gibt es weitere Wortmeldungen?



**Stadtpräsident Reto Müller (SP):** Die vorliegende Fassung entspricht nicht dem Antrag des Gemeinderates, sondern der Formulierung aus der Kommission. So wie ich mich besinnen mag, war die Kommission grossmehrheitlich, wenn nicht sogar einstimmig, der Meinung, dass man diese 40% bei Einzonungen einführen möchte, weil wie schon erwähnt das Delta dabei enorm sein kann, gerade auch wenn aus einer Landwirtschaftszone eine Bauzone wird. Wenn nun jemand von diesem Glück profitieren kann, sollen dann in diesem Fall eben 40%, und nicht nur 30%, der Allgemeinheit zugutekommen. Es ist sicher im Bereich der Einzonungen ein seltener oder gar nie eintretender Fall in Langenthal, aber wenn es dann eintritt, so ist es sicherlich so, dass dies kein Hemmnis für einen künftigen Investor darstellt. Im Moment wird Landwirtschaftsland mit etwa Fr. 7.00 pro m<sup>2</sup> gehandelt und der Preis für Bauzone beginnt in Langenthal irgendwo bei Fr. 500.00 pro m<sup>2</sup> und geht dann teilweise bis zu Fr. 1'000.00 pro m<sup>2</sup>. Insofern entspricht der Antrag 1:1 dem, was die Kommission beschloss. Diejenigen, die dort dabei waren, sollten demnach zumindest dem Antrag des Gemeinderates folgen. Merci vielmals.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** So stimmen wir nun über diesen Antrag der SVP-Fraktion gegenüber demjenigen der Kommission ab. Wir würden beide einander gegenüberstellen, sodass Sie entweder für den Antrag der SVP oder für die Version der Kommission votieren können. Sie sehen hinter mir die beiden Anträge entsprechend eingeblendet. Wer dem Antrag der SVP zustimmen möchte, soll dies nun mit der Stimmkarte bezeugen. Wer hingegen den Antrag der Kommission gutheissen möchte, zeigt dies jetzt entsprechend an. Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über Antrag SVP-Fraktion vs. Antrag GR zu Art. 2, lit. a:

**18 Stimmen Antrag SVP angenommen**

17 Stimmen Antrag GR

The screenshot shows a voting card with the following content:

- Header: Stadtrat, Montag, 1. November 2021, Traktandum Nr. 2, Reglement über die Mehrwertabgabe (MWAR), stadtlangenthal
- Left column: **Antrag SVP-Fraktion**
  - Art. 2
  - 1 Die Höhe der Mehrwertabgabe beträgt:
  - a Bei Einzonungen **30%** des planungsbedingten Mehrwerts;
  - b ....
- Right column: **Antrag Gemeinderat**
  - Art. 2
  - 1 Die Höhe der Mehrwertabgabe beträgt:
  - a Bei Einzonungen **40%** des planungsbedingten Mehrwerts;
  - b ....

So kommen wir in dem Fall zum Antrag von Robert Kummer. Dazu möchte ich den Antrag von Robert Kummer nochmals wiederholen. Der Antrag lautet, dass unter Art. 2 lit. b wegfällt und es nur noch lit. a mit folgendem Wortlaut gibt: «Bei Einzonungen sowie bei Um- oder Aufzonungen 30% des planungsbedingten Mehrwerts».

**Robert Kummer (FDP):** Ich glaube vielmehr, dass es gar keinen Buchstaben mehr benötigt. Unter Art. 2 folgt einfach Ziff. 1: «Die Höhe der Mehrwertabgabe beträgt bei Einzonungen, Um- oder Aufzonungen 30% des planungsbedingten Mehrwerts».

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Besten Dank für diese Präzisierung und den juristischen Beistand, da mir bestätigt wird, dass dies so gemacht werden kann. So stimmen wir nun über diesen Antrag von Robert Kummer ab. Wer dem Antrag wie soeben vorgetragen zustimmen kann, zeigt dies mit der Stimmkarte an? Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über Antrag R. Kummer (FDP) vs. Antrag GR zu Anpassung Formulierung von Art. 2

**23 Ja angenommen**

10 Nein

2 Enthaltungen



Gibt es zu Art. 2 nun noch weitere Wortmeldungen? Nein, somit fahren wir fort.

Art. 3 – Art. 11

*Ohne Wortmeldung.*

Möchte sich Reto Müller nochmals zu Wort melden? Das scheint auch nicht der Fall zu sein.

## D Abstimmung

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** So schreiten wir nun zu Punkt D mit der Abstimmung. Dabei haben wir nun über den Antrag des Gemeinderates hinsichtlich einer 2. Lesung zu befinden. Wer nun also dem Antrag des Gemeinderates folgen möchte und eine 2. Lesung befürwortet, hält nun seine Stimmkarte in die Höhe. Wer sich dagegen aussprechen möchte, zeigt dies nun an. Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über Antrag GR betr. 2. Lesung

14 Ja

**19 Nein abgelehnt**

2 Enthaltungen

Da es nun zu keiner 2. Lesung kommt, folgt die Schlussabstimmung. Hierzu halte ich fest, dass nun in Art. 10 Abs. 1 folgerichtig nachfolgende Formulierung ergänzt werden muss: «Dieses Reglement tritt auf den 01.01.2022 in Kraft». Wer nun diesem Reglement, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, und entsprechend dem Entwurf des Stadtrats vom 25. August 2021, unter Berücksichtigung der nun vorgenommenen Anpassungen, so zustimmen kann, bezeugt dies mit der orangen Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

## III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 29 Stimmen Ja gegen 6 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**
  1. **Der Stadtrat beschliesst, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, die Genehmigung des Reglements über die Mehrwertabgabe (MWAR).**
  2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



### 3. **Projekt ILMA (Information LifeCycle Management and Archiving): Evaluationsphase: Genehmigung und Kreditbewilligung**

#### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Wir kommen zu Traktandum Nr. 3 und der Genehmigung sowie der Kreditbewilligung zum Projekt ILMA. Wird hierzu das Eintreten bestritten? Da dies nicht zutrifft, schreiten wir zur Beratung.

#### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Hier bitte ich Reto Müller als Ressortvorsteher Präsidiales um die Berichterstattung des Gemeinderates.

**Stadtpräsident Reto Müller (SP):** Der Gemeinderat will die digitale Transformation auf der Stadtverwaltung vorwärtstreiben. So hielt er es auch in den aktuellen Regierungsrichtlinien konkret fest. Das Projekt ILMA, auf Deutsch: «Informations-Lebenszyklus-Verwaltung und Archivierung», tritt nun in die zweite Phase der Ausschreibung über, bei der die Bedürfnisse der Stadtverwaltung nach einem geeigneten Programm, das dies erfüllen kann, oder einem geeigneten Anbieter evaluiert werden soll. In der ersten Phase dieses Projekts wurden in einer Art Vorprojekt bereits ein Ordnungssystem und Organisationsvorschriften ausgearbeitet, wie man das Ganze dann anlegen möchte. Für den nächsten Schritt sollen die Projektverantwortlichen der Stadtverwaltung, die so glaube ich beide dort hinten sitzen, Michel Thommen und Fabian Muff der Zentralen Dienste, auf die Erfahrung und Hilfe eines IT-Beschaffungsexperten zurückgreifen können. Herr Schreiber und seine IT Consult sind uns seit längerem bekannt und auch bereits seit längerem für uns tätig. Dabei waren sie für uns in den vergangenen Jahren eine grosse Hilfe. Ich redete jetzt in Mehrzahl, aber ich möchte Ihnen nichts vormachen, denn es geht hier einfach allein um Herrn Schreiber, der dies für uns erledigt. Um ihn engagieren zu können, braucht es den heute beantragten Kredit im Stadtrat in der Höhe von Fr. 65'000.00. Merci vielmals für Ihre Unterstützung.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Besten Dank Reto Müller. Die GPK meldete keine Berichterstattung an und wir fahren mit der Beratung fort und kommen zu den Fraktionsvoten. Wem darf ich dazu das Wort erteilen? Das wird nicht gewünscht. Gibt es Einzelsprechende? Auch dies trifft nicht zu. Gibt es ansonsten Wortmeldungen? So wie es aussieht, wünscht auch der Gemeinderat kein Schlusswort. So können wir direkt darüber abstimmen. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussziffern 1 bis 4 zustimmen möchte, zeigt dies nun an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

#### III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 33<sup>1</sup> Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**

1. **Die Evaluationsphase im Projekt ILMA wird genehmigt.**
2. **Der erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 65'000.00 wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 1300.5090.02 "ILMA, Öffentliche Ausschreibung", bewilligt.**
3. **Im Rahmen der Evaluationsphase wird der finanzielle Nutzen des Projekts konkret ausgewiesen.**
4. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

<sup>1</sup> Zum Zeitpunkt der Abstimmung sind 2 Stadratsmitglieder nicht im Saal anwesend.



# Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 1. November 2021

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 4. **Städtischer Werkhof: Beschaffung eines neuen Kehrfahrzeugs und Verkauf des bestehenden Kehrfahrzeugs (Bucher City-Cat): Genehmigung und Kreditbewilligung**

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Es folgt nun Traktandum Nr. 4. Hier geht es um die Beschaffung dieser neuen Wischmaschine. Wird dazu das Eintreten bestritten?

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Da dies nicht der Fall ist, bitte ich Gemeinderat Michael Schär, Ressortvorsteher Energie und Umwelt, um seinen Bericht.

**Gemeinderat Michael Schär (FDP):** Wer kennt sie nicht? Unsere orange Putzfee, die jeden Tag in der Stadt unterwegs ist und unsere Trottoirs, die Plätze und auch den Vorplatz des Verwaltungsgebäude ecetera reinigt. Sie ist nun seit acht Jahren im Einsatz und leistete mittlerweile weit über 10'000 Stunden lang ihren Dienst. Bei solchen Geräten geht man eigentlich davon aus, dass sie bei rund 10'000 Stunden ihre Lebenszeit erreichen und mit diesen über 10'000 Stunden ist die Lebensdauer somit längst überschritten. Deshalb beschäftigten wir uns mit einer Neubeschaffung, wie sie dies auch im Bericht & Antrag nachlesen konnten. Natürlich wurde diese Beschaffung auch in Berücksichtigung unserer Fahrzeugstrategie betrachtet und dabei geschaut, ob hierzu ein Elektrofahrzeug angeboten wird. Das gibt es, auch von Bucher. Wir machten dazu eine saubere Ausschreibung und das Gerät erfüllt dabei auch alle unsere Anforderungen. Wir gingen dabei auch nach dem Prinzip von «Total Cost of Ownership» vor und siehe da, rein wirtschaftlich kommt das elektrische Fahrzeug günstiger, auch wenn es in der Anschaffung einiges mehr kostet, als weiterhin mit einem Dieselfahrzeug unterwegs zu sein.

Wenn man nun dieses Fahrzeug nicht ersetzen würde, so würde dies zu folgenden Folgekosten führen, was ich extra noch abklärte und auch dem Gemeinderat zur Kenntnis brachte. Es ist so, dass es einen Austausch des Motors braucht, was rund Fr. 10'000.00 kostet. Auch der hydraulische Fahrmotor müsste nächstens ausgetauscht werden, was etwa weitere Fr. 8'000.00 kosten würde. Das Gebläse käme noch dazu, was nochmals rund Fr. 7'000.00 kostet. Der Hydraulikmotor kostet circa Fr. 10'000.00 und dann geht es auch noch um die Vorderachse mit ebenso rund Fr. 8'000.00 an Kosten. Das ergibt in der Summe Fr. 43'500.00, die in den nächsten zwei bis drei Jahren auf uns zukommen. Daneben ist auch ein grosser Service fällig, der eigentlich nach acht Jahren ebenso ansteht, was grundsätzlich nach bereits 8'000 Betriebsstunden zu erledigen ist. Ebenso verweise ich auf den Gegenwert dieser Fr. 24'400.00, den wir aktuell noch für das alte Fahrzeug bekommen, dadurch aber natürlich auch nochmals geschmälert würde, wenn wir mit dem Ersatz zuwarten. Sie sehen, dass es hier um ein Fahrzeug geht, das sehr viel im Einsatz steht und sehr viel gebraucht wird und in diesen acht Jahre mittlerweile seine Lebenszeit überschritt, sodass es nun an der Zeit wäre, hier zu investieren. Nun sind wir aber auch in der glücklichen Lage, mit einer zwar höheren Investition die alte Maschine mit einem günstigeren Fahrzeug ablösen zu können, was schizophoren tönt, aber halt so ist.

Was dabei auch noch zu erwähnen ist, dass das Fahrzeug im Rahmen eines 24-Stunden-Pikettdienstes der Feuerwehr zur Verfügung steht. Nach Unfällen wird mit dieser Maschine die Strasse gereinigt, sodass die Feuerwehr nicht auch selber eine solche Maschine zu beschaffen hat und deshalb durch den Werkhof erledigt wird und auch dafür im Einsatz steht. Es würde mich freuen, wenn Sie uns hier unterstützen und diesem Kredit und dieser Maschine zustimmen könnten. Besten Dank.

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Besten Dank für diese Ausführungen. Der Bericht der GPK wird uns nun von Martin Lerch vorgestellt.

**GPK-Sprecher Martin Lerch (SVP):** Ich kann mich hier kurzfassen. In der GPK wurde die Frage aufgeworfen, ob bei diesem Fahrzeug nicht auch ein Midlife-Upgrade im Sinne einer Totalsanierung möglich wäre, auch wenn wir bei achtjährigem Einsatz, was ja nicht so lang ist, von der hohen Betriebszeit Kenntnis nahmen, damit dies nochmals eine gewisse Zeit im Einsatz stehen kann. Dazu erklärte Michael Schär genau dasselbe, was er uns soeben vortrug, weshalb ich dies nicht noch einmal wiederholen muss. Die GPK nahm



## Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 1. November 2021

diese Ausführungen zur Kenntnis und im Übrigen stellte sie die formelle Richtigkeit im Ablauf des Prozesses fest. Dankeschön.

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Besten Dank. Wir kommen nun zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Mir ist bekannt, dass ein Antrag der SVP eingebracht wird, sodass ich dazu Patrick Fluri das Wort erteile.

**SVP-Fraktion Patrick Fluri (SVP):** Unser Antrag ist, dass man dieses Geschäft sistiert, bis die Kosten für eine umfassende Sanierung vom bestehenden, achtjährigen Kehrfahrzeug ermittelt werden konnten. Anschließend soll das Geschäft nochmals hier im Stadtrat beraten werden, sodass zwischen einer Variante Neubeschaffung Elektro/Diesel und einem Upgrade entschieden werden kann. Die Sistierung beantragen wir aus finanzpolitischen, technischen und ökologischen Überlegungen. Die Finanzkommission lehnte das Geschäft einstimmig ab. Die SVP-Fraktion ist sich der angespannten finanziellen Situation der Stadt bewusst und möchte hier gerne eine andere, sprich günstigere Lösung als vorgeschlagen anstreben. Technisch ist das Fahrzeug sicherlich nach acht Jahren noch nicht so alt, als dass man es komplett abschreiben muss. Upgrades werden oft durchgeführt, die danach wieder eine Lebensdauer von weiteren vier, sechs oder acht Jahren gewährleisten. In der Industrie passiert dies beinahe täglich, weil dies immer wirtschaftlicher ist als eine komplette Ersatzbeschaffung. Aus ökologischer Sicht macht dies sicher auch Sinn, da dadurch Ressourcen eingespart werden können und das Fahrzeug länger im Einsatz bleibt und nach acht Jahren sicher sein «End of Life» noch nicht erreicht hat. Daher bitten wir Sie um Unterstützung unseres Antrags, diese Beschaffung noch nicht zu tätigen und die Variante abzuwarten. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Merci vielmals. Wie der Antrag besagt, geht es hier um eine Rückweisung dieses Geschäfts, was einem sogenannten Ordnungsantrag gemäss Art. 38 unserer Geschäftsordnung entspricht. Ordnungsanträge müssen begründet werden und Sie hörten nun die entsprechenden Ausführungen von Patrick Fluri. Wir fahren aber vorerst mit der Beratung fort. Erst nach Beendigung der Beratung werden wir über diesen Rückweisungsantrag der SVP befinden. Gibt es nun weitere Wortmeldungen aus den Fraktionen?

**SP/GL-Fraktion, Georg Cap (GL):** Auf den ersten Blick mögen diese Fr. 260'000.00 für ein Elektrofahrzeug eine relativ hohe Investition darstellen, im Gegensatz zu sicherlich billigeren Alternativen im Bereich der Verbrennungsmotoren. Schaut man sich aber die Zahlen etwas genauer an, beispielsweise bezüglich der Berechnung im Sinne von «Total Cost of Ownership», so redet dies eine klare Sprache. Bezogen auf diesen Zeitraum dieser 10'000 Stunden, die diese Fahrzeuge im Betrieb stehen, kommt ein solches Elektrofahrzeug am Schluss massiv günstiger. Es führt dabei zu einer Einsparung bei den Gesamtaufwendungen über die gesamte Zeitdauer von gut Fr. 65'000.00. Wenn wir nun mit dem Kauf dieses Elektrofahrzeuges zuwarten und uns für eine Alternative mit Verbrennungsmotor entscheiden, würden dabei vielleicht Fr. 100'000.00 gespart werden können, aber in acht Jahren käme uns das insgesamt teurer zu stehen, insbesondere wenn wir alle Investitionen berücksichtigen wie etwas den Treibstoff, der wesentlich mehr kostet als der Strom für das Elektrofahrzeug. Deshalb ist es aus kostentechnischen Gründen in den Augen unserer Fraktion klar, dass wir ein Elektrofahrzeug kaufen sollten und damit nicht zuwarten, sondern dies jetzt machen sollten. Zudem gebe ich zu bedenken, dass ein Elektrofahrzeug emissionsfrei ist, demzufolge Vorteile für die Umwelt bietet und sicherlich auch bezüglich Lärmbelastung ein Plus darstellt, da Elektromotoren wesentlich leiser sind als Verbrennungsmotoren. Darum entschied sich unsere Fraktion einstimmig dem Antrag dieses Kredits zuzustimmen. Wir möchten Sie deshalb auch dazu anhalten, es uns gleichzutun und zuzustimmen. Merci.

**FDP/jll-Fraktion, Robert Kummer (FDP):** Das Geschäft benötigte bis jetzt im Gemeinderat wie auch in den Kommissionen mehrere Anläufe. Und es zeigt sich, dass unsere Motion, die wir im Juni 2019 einreichten und im März 2021 mittels ausführlicher Berichterstattung seitens des Gemeinderates als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben werden konnte, heute eigentlich seine Feuertaufe erlebt. Es ist, wie es die SVP sagt, ernüchternd, aber auch gleichzeitig faszinierend, dass ein Fahrzeug, dessen Anschaffungskosten um Fr. 100'000.00 höher liegen, bei einer ganzheitlichen Betrachtung schlussendlich nach einem





Einsatz von sechs bis sieben Jahren für die Stadt Langenthal günstiger zu stehen kommt. Wir stimmen diesem Antrag einstimmig zu und werden den Rückweisungsantrag der SVP grossmehrheitlich ablehnen. Merci vielmals für Ihre Aufmerksamkeit.

**glp/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (glp):** Wir nahmen es hier in Stadtrat an, dass man die Beschaffung von neuen Fahrzeugen nach dem Prinzip von «Total Cost of Ownership» vornimmt. Nun wendete man dies erstmals an, und siehe da, die Elektromobilität ist tatsächlich günstiger. Wir werden damit nicht nur günstiger, sondern mit diesem neuen Fahrzeug auch ökologischer unterwegs sein. Aus Sicht der glp und auch der EVP ist das eigentlich super. Wir werden den Antrag der SVP ablehnen und dem Geschäft zustimmen.

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Danke. Gibt es noch Wortmeldungen von Einzelsprecherinnen oder Einzelsprechern?

**Corinna Grossenbacher (SVP):** Ich hörte jetzt bei diesem Geschäft heute Abend oft den Begriff «Total Cost of Ownership», sodass mir dabei so zwei, drei Sachen durch den Kopf gingen. Es gibt ja tatsächlich Leute, die keine Steuererhöhung wollen, aber hier werden einfach Fr. 100'000.00 mehr rausgeblasen. Uns wird dabei auch erklärt, dass dies alles viel günstiger kommt. Grundsätzlich bin ich auch nicht gegen Elektrofahrzeuge, aber dann bin ich der Meinung, dass man dabei auch daran denken muss, dass der Werkhof gar nicht über entsprechende Ladestationen verfügt, um solche Elektrofahrzeuge auch effizient aufladen zu können. Des Weiteren ist unter diesem Aspekt auch die interessante Frage zu stellen - wenn wir schon von Umwelt und Effizienz reden, welcher Strom denn im Werkhof verwendet wird, grau, blau oder grün? Danke.

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Auch dafür besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen von einzelnen Mitgliedern? Das scheint nicht zuzutreffen. Michael Schär als Ressortvorsteher möchte sich nun aber nochmals kurz dazu äussern.

**Gemeinderat Michael Schär (FDP):** Besten Dank für Ihre Voten. Es ist zutreffend, dass die jetzige Maschine noch nicht ganz abgeschrieben ist, aber dabei geht es um eine finanztechnische Frage, weil diese Abschreibung einfach auf zehn Jahre ausgelegt wurde, obwohl man diese Maschine jetzt mehr beanspruchte. Der Vorteil dabei ist aber, dass durch die höhere Beanspruchung des Geräts kein zweites Fahrzeug benötigt wird, was ansonsten die Alternative wäre und ich mit dem Werkhof-Chef ebenso besprach. Das ist auch der Grund, dass das Fahrzeug in Jahren die Betriebsstunden schneller erreichte, als dies an anderen Orten der Fall ist, sodass wir eben bereits nach acht Jahren diese Limite von über 10'000 Stunden erreichten.

Zur Idee, das Fahrzeug zu überholen, ist zu sagen, dass wir dies natürlich auch anschauten. Die Kosten, worüber ich Sie zuvor informierte, sind die unmittelbaren Reparaturen, die man angehen kann. Es gibt daneben aber auch noch die Dinge, die man nicht einfach austauschen kann. Das Fahrzeug saugt eine grosse Anzahl von Steinchen und kleinen Sachen ein, die die Maschine abnutzen, was man dann in der Folge nicht mehr flicken kann. Man kann diese Maschine somit nicht einfach total überholen. Wenn dies günstiger käme, würden wir dies natürlich machen. Der Werkhof schrieb mir auch, dass man unbedingt eine neue Maschine braucht, damit eben auch die Verfügbarkeit des Geräts aufrechterhalten werden kann. Es ist eben auch so, dass ich diejenigen, die hoffen, dass die Preise dieser Elektrolinie in den kommenden Jahren nochmals sinken werden, enttäuschen muss, da in naher Zukunft diesbezüglich nicht mehr viel passieren wird, da es sich auch um einen recht kleinen Markt handelt und es nicht so viele solcher Kommunalfahrzeuge braucht, was sich auch auf die Höhe der Preise auswirkt. Das Zuwarten entsprach ja auch in etwa dem zweiten Antrag der Finanzkommission, was sie beim ersten Mal nicht beantragten und das Geschäft zuerst gut hiessen mit der Bitte, die städtische Angaben zu «Total Cost of Ownership» nachzureichen und sich sie dabei nicht so ganz einig war, stimmte sie doch einmal dem Geschäft zu und lehnte es danach ab.

Dann ging es auch noch um die Frage, welche Art von Strom genutzt wird. Die Stadt kauft bei der IBL<sup>1</sup> für das gesamte Stadtgebiet blauen Strom ein. Es handelt sich dabei natürlich um erneuerbare Ressourcen und wir verbrauchen auch keinen Graustrom oder gar Strom aus Kohlenproduktion. Wenn Sie die Deklaration

<sup>1</sup> IBL = IB Langenthal AG.



konsultieren - ich habe ansonsten bei mir eine entsprechende Übersicht vorliegen, die Sie gerne einsehen können und Ihnen ja auch jährlich zugestellt wird, so sehen Sie, dass man bei der IBL keinen Kohlenstrom kaufen kann. Das Einzige, was man bei der IBL mit Graustrom einkaufen kann, ist Atomstrom. Kohlenstrom oder auch Gasstrom gibt es aber bei der IBL nicht. Merci.

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Danke. So würden wir jetzt über den Rückweisungsantrag der SVP zu diesem Geschäft abstimmen. Wer diese Rückweisung guthessen möchte, bitte ich um das entsprechende Handzeichen. Gegenmehr? Enthaltungen?

## Abstimmung über Ordnungsantrag der SVP-Fraktion auf Rückweisung des Geschäfts

11 Ja

**23 Nein abgelehnt**

1 Enthaltung

Stadtrat  
Montag, 1. November 2021, Traktandum Nr. 4  
stadtlängenthal

**Städtischer Werkhof: Beschaffung eines neuen Kehrfahrzeugs und Verkauf des bestehenden Kehrfahrzeugs (Bucher City-Cat)**

**Antrag SVP-Fraktion auf Sistierung bzw. Rückweisung zwecks Überprüfung der Kosten und des Umfangs eines umfassenden Upgrades**

Der Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussentwurf (Ziff. 1-4) sei zu sistieren bzw. zurückzuweisen, bis die Kosten einer umfassenden Sanierung (Upgrade) des bestehenden Kehrfahrzeugs Bucher City-Cat ermittelt worden sind. Anschliessend sei das Geschäft dem Stadtrat erneut zum Beschluss zu unterbreiten mit den Varianten Neubeschaffung (Elektro/Diesel) und Upgrade.

Dann dieser Antrag nun abgelehnt wurde, frage ich nochmals nach, ob es weitere Wortmeldungen zu dieser Vorlage gibt? Da ich davon ausgehe, dass auch Michael Schär auf ein weiteres Votum verzichtet, können wir zur Schlussabstimmung über den Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussziffern 1 bis 4 schreiten. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, hält auch dazu seine Stimmkarte in die Höhe. Gegenstimmen? Enthaltungen?

### III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 27 Stimmen Ja gegen 7 Stimmen Nein und 1 Enthaltung:**

- 1. Die Beschaffung eines neuen Kehrfahrzeugs und der Verkauf des bestehenden Kehrfahrzeugs Bucher City-Cat werden genehmigt.**
- 2. Der für die Beschaffung des neuen Kehrfahrzeugs erforderliche Brutto-Kredit in der Höhe von Fr. 259'431.10 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3050.5060.22 "Ersatz für Bucher City-Cat", bewilligt.**
- 3. Die Einnahmen aus der Veräusserung des Kehrfahrzeugs Bucher City-Cat in der Höhe von Fr. 24'431.10 werden zu Gunsten der Investitionsrechnung, Konto 3050.6060.22 "Veräusserung Bucher City-Cat", verbucht.**
- 4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



# Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 1. November 2021

- Gemeinderat
-



## 5. **Aufbau und Betrieb eines Geographischen Informationssystems (GIS): Kenntnisnahme von der Kreditabrechnung: Bewilligung eines Nachkredites**

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Niklaus-Lanz Renate (glp):** Nun fahren wir mit Traktandum Nr. 5 betreffend die Kenntnisnahme der Kreditabrechnung sowie die Bewilligung des Nachkredits fort. Ist dazu das Eintreten bestritten? Da dem nicht so ist, kommen wir zur Beratung.

### II. Beratung:

**Stadtratspräsidentin Niklaus-Lanz Renate (glp):** Ich möchte hier wieder den Stadtpräsidenten Reto Müller, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen, um die Berichterstattung des Gemeinderates bitten.

**Stadtpräsident Reto Müller (SP):** Hier muss man zuerst einmal selbstkritisch sagen, dass im Gegensatz zum ILMA Projekt beim GIS Projekt leider Herr Schreiber dabei nicht mitwirkte und dannzumal ein zu wenig guter Plan vorlag, was und wie man mit der Initiierung dieses GIS-Projekts vorgehen will. Kurz zur Geschichte: Der Stadtrat beschloss am 20. Juni 2016 einen Investitionskredit in der Höhe von Fr. 154'800.00 und eine Stelle zum Aufbau eines geografischen Informationssystems. Danach begann man damit und daraufhin kam es zu zwei, drei Reibereien. Mit der Evaluation einer Software wurde damals die Firma ITV Consult AG beauftragt, und es gab anschliessend mehrere Offerten. Der Gemeinderat vergab den Auftrag gemäss der Auswertung an die Basler & Hofmann AG, worauf eine nichtberücksichtigte Firma Beschwerde gegen den Vergabeentscheid einreichte, da sie bemängelten, dass ein leitender Mitarbeiter der Beratungsfirma im Verwaltungsrat der gewinnenden Firma sass. Es gab ein Verfahren, was Sie auch bei der Kreditauslösung sehen, und sich in die Länge zog. Der Streit konnte dann letztlich beigelegt werden, aber es zog natürlich viel Zeit ins Land. Man begann dann damit das GIS zusammen mit der Basler & Hofman AG aufzubauen. Auch dort war man gezwungen mehrfach nachzuschulen und auch Teile nachbestellen, die man zuvor nicht angedacht hatte. Mittlerweile kündigte auch der erste Stelleninhaber, den man auf diese Stelle hin gemäss Beschluss des Stadtrates anstellte.

Wir mussten dann eine ordentliche Zeit lang ohne diese Person weiterarbeiten, weil wir uns auch sagten, dass wir zuerst intern zu klären haben, wie wir mit diesem GIS weiterfahren wollen. Man konnte dann in der Folge Frau Delphine Kaweck-Wenger anstellen, sodass sie nun für die weitere Implementierung und Umsetzung vom GIS verantwortlich ist. Man entschied auf Verwaltungsseite, nun vorab zuerst einmal Ordnung zu schaffen und aufzuräumen; sowohl bezüglich dieser soeben kurz beschriebenen Beschaffungsgeschichte, wie auch mit dieser Kreditüberschreitung dieses LIDS<sup>1</sup> basiertem GIS, das man hier nun einführt. Es fehlen uns dafür Fr. 15'140.35. Die Entwicklung, die wir jetzt in der jüngsten Zeit mit der Anstellung von Frau Kaweck verzeichnen können, ist sehr erfolgsversprechend. Sie finden ein kleines Detail davon auch auf der Homepage, wo auch ein digitaler Ortsplan abrufbar ist. Dabei handelt es sich aber lediglich um einen kleinen Teil und es werden weitere Module folgen und auch aufgebaut werden, damit GIS künftig den Einwohnerinnen und Einwohnern Informationen bei Bedarf liefern kann, ähnlich wie es das Geo-Portal von Kanton und Bund bereits heute anbieten, damit es dann auch als wichtiges Führungsinstrument für unsere strategischen Planung weiterentwickelt werden kann. Der Gemeinderat genehmigte die Kreditabrechnung unter dem Vorbehalt, dass der Stadtrat heute den Finanzkredit beschliesst. Merci vielmals für Ihre Kenntnisnahme und Unterstützung.

**Stadtratspräsidentin Niklaus-Lanz Renate (glp):** Merci vielmals. Eine Berichterstattung durch die GPK ist keine angemeldet und so übergebe ich das Wort den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern. Wer verlangt dazu das Wort? Dazu scheint niemand etwas sagen zu wollen. Gibt es Einzelsprechende? Nein, so ist in diesem Fall keine Beratung gefragt. Da ich annehme, dass sich auch der Stadtpräsident nicht noch-

<sup>1</sup> LIDS = Leitungs-, Informations- und Dokumentationssystem



# Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 1. November 2021

mals zu Wort melden möchte, können wir direkt darüber abstimmen lassen. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussziffer 1 bis 3 zustimmen kann, zeigt dies nun mit der Stimmkarte an. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

### III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**
- 1. **Von der Abrechnung über den Kredit in der Höhe von Fr. 154'800.00 für das Projekt "Aufbau und Betrieb eines geographischen Informationssystems GIS", Konto 3000.5200.02 "Beschaffung und Einführung Geodaten und Geographisches Informationssystem", genehmigt vom Stadtrat am 20. Juni 2016 mit einem effektiv in Rechnung gestellten Betrag von Fr. 169'940.35 und somit einer Kreditüberschreitung von Fr. 15'140.35 (+9.78%), wird Kenntnis genommen.**
- 2. **Der erforderliche Nachkredit für den Aufbau und Betrieb eines geographischen Informationssystems in der Höhe von Fr. 15'140.35 wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3000.5200.52 "Beschaffung und Einführung Geodaten und Geographisches Informationssystem", bewilligt.**
- 3. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 6. Postulat Dietrich Pascal (FDP), Hasler Beat (parteilos), Howald Carole (jll) und Mitunterzeichnende vom 3. Februar 2020: Prüfung von Massnahmen gegen gefährliche "Elterntaxi": Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung

### I Eintreten:

**Renate Niklaus-Lanz (glp):** Wir gehen nun zügig über zu Traktandum Nr. 6 und damit zum Postulat von Pascal Dietrich, Beat Hasler, Carole Howald und Mitunterzeichnende vom 3. Februar 2020. Ist dazu das Eintreten bestritten? Da dies nicht der Fall ist, gehen wir zur Beratung über.

### II Beratung:

**Renate Niklaus-Lanz (glp):** Die Berichterstattung des Gemeinderates liegt Ihnen schriftlich vor und seitens der GPK würde keine Stellungnahme angemeldet. Nun möchte ich gerne an Pascal Dietrich als Vertreter des Postulats das Wort übergeben.

**Sprecher des Postulats Pascal Dietrich (FDP):** Ich bin mittlerweile bereits der letzte der drei, der sich noch in diesem Rat befindet, traten die beiden anderen doch bereits zurück. Das Problem selber löste sich aber noch nicht einfach in Luft auf, sondern ist weiterhin aktuell. Wie oft in solchen Dingen kommt es drauf an, ob man das Glas als halbvoll oder halbleer betrachtet, insbesondere wenn man liest, was der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt. Man kann es als halbvoll anschauen, wenn man sagt, dass sich die Postulanten wie auch der Stadtrat, der das Begehren ja auch überwies, mit dem Gemeinderat immerhin in dem Punkt einig sind, dass hier eben ein Problem besteht und man deshalb Massnahmen zur Verbesserung ergreifen sollte. Das lässt sich auch aus dem Prüfbericht des Gemeinderates herauslesen, sodass von dem her das Glas halbvoll ist.

Auf der anderen Seite könnte man dennoch der Meinung sein, dass es halbleer ist, weil hier - pointiert formuliert, sehr viel geschrieben, aber noch nicht viel gemacht wurde. Wie Sie beim Studium der Akten ebenso sehen konnten, so wird beispielsweise unter Punkt 3.1 zu den getroffenen Massnahmen beim Kreuzfeld ausgeführt, dass da zuerst eine Analyse erstellt und darauf abgestützt ein Konzept ausgearbeitet wird. Dieses Konzept dient anschliessend als Grundlage für einen Massnahmenkatalog und gestützt auf diesen Massnahmenkatalog gibt es dazu dann noch ein Umsetzungsprogramm. So braucht es hier vier Schritte, die alle mehr oder weniger administrativer Natur sind. Draussen ist dadurch für die Bevölkerung, für die Leute, die Eltern und vor allem für die Schülerinnen und Schüler von alldem noch nichts zu spüren. Ich weiss schon, dass es für alles jeweils ein Konzept braucht und man muss alles durchdenken, was grundsätzlich nicht schlecht ist. Aber das Ganze kommt hier in Langenthal, wie wohl auch an anderen Orten sicherlich auch, einfach nur sehr harzig voran. Aber wir sind nun eben hier in Langenthal und deshalb müssen wir uns auch hier damit auseinandersetzen. Wir konnten dann auch zur Kenntnis nehmen, dass der Gemeinderat eben erst im August 2021 eine Arbeitsgruppe einsetzte, die sich diesem Problem nochmals gesamtheitlich annehmen soll und dann – wie ausgeführt wird, «zu gegebener Zeit» dem Stadtrat über das weitere Vorgehen Bericht erstattet.

Das ist an sich erfreulich, sicherlich als Vorgehen auch nicht falsch und deutet wieder auf das halbvolle Glas hin. Das wäre dann auch der ideale Zeitpunkt, um das Postulat abzuschreiben. Von mir aus gesehen ist heute dazu aber nicht der ideale Zeitpunkt, da heute die Sache noch nicht erledigt ist, beziehungsweise draussen noch nichts 1:1 umgesetzt ist. Wenn man ja so oder so vorhat, den Stadtrat darüber zu orientieren und ihm Bericht zu erstatten, was sicherlich absolut richtig ist, so fragt man sich, warum dann nicht erst zu diesem Zeitpunkt das Postulat abgeschrieben wird? Solange das Postulat pendent bleibt, bleibt auch das Problem weiterhin im Blickfeld. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass ich mich vorab für die bislang unternommenen Schritte, die ich in keiner Art und Weise geringschätze, bedanken möchte. Der Punkt ist aber einfach, dass man nun einfach auch draussen für die Schülerinnen und Schüler und für die ganze Bevölkerung etwas davon spüren sollte, und es nicht ausreicht, nur in den Papieren und Konzepten, Plänen und Katalogen darüber zu schreiben. Deshalb stelle ich den Antrag, den Antrag des Gemeinderates auf Ab-



schreibung abzulehnen und rufe Sie dazu auf, dem zu folgen, weil erst dann, wenn dann von dieser Arbeitsgruppe effektiv ein Resultat vorliegt, der Moment gekommen ist, um diesen Vorstoss abzuschreiben. Vielen Dank.

**Renate Niklaus-Lanz (glp):** Besten Dank. Dann bitte ich jetzt die Fraktionssprechenden um ihre Voten.

**SP/GL-Fraktion, Nathalie Scheibli (SP):** Ich nehme es vorneweg: die SP/GL-Fraktion ist mit dieser Beantwortung nicht zufrieden, wie wir auch bereits von Pascal Dietrich hörten, dass die Antwort nur halb befriedigt. Im Bericht wird auf die bereits getroffenen und laufenden Massnahmen verwiesen und darin die Situationen im Kreuzfeld und in der Elzmatte geschildert. Wir begrüssen zwar, dass im Kreuzfeld ein Mobilitätskonzept mit Massnahmenkatalog und Umsetzungsprogramm geplant ist, erleben aber den Begriff «zeitnah» doch als ziemlich «gummig».

Dass es in Langenthal nicht immer schnell geht, wissen wir aus Erfahrung. Es ist toll, dass der Fussgängerweg bei der Elzmatte endlich realisiert werden konnte. Hätten aber keine Strassenarbeiten beim Bettenhölzli gemacht werden müssen, so wäre wohl bis heute noch nichts passiert. Seit Jahren wies unter anderem auch der Elternrat auf diesen Missstand hin. Die Kosten waren dann jeweils der Grund für das Zögern seitens der Verwaltung. Was aber im Hard angedacht oder geplant wird, oder wie sich die Situation an den verschiedenen Kindergartenstandorten präsentiert, darüber verliert dieser Bericht kein einziges Wort. Wer wohl an einem dieser Standort eine «Kiss & Ride»-Zone möglich? Eventuell beim Kindergarten Geissberg entlang dem Areal des Haslibrunnen-Provisoriums? Man hätte in diesem Bericht ja jeden Standort kurz aufführen, oder zumindest erwähnen können. Wie erwartet nimmt sodann der Mitbericht mit den Statistiken der Kantonspolizei eine prominente Position ein. Einmal mehr beschleicht einem das unguete Gefühl, dass wohl zuerst ein schlimmer Unfall passieren muss, bevor etwas unternommen wird. Wir erwarten eine ausführlichere Berichterstattung, die zu allen Standorten eine Aussage macht und bei der vor Ort die Situationen erhoben werden. Darum lehnen wir die Abschreibung des Postulats ab und fordern zu einer sorgfältigeren Berichterstattung auf. Danke für die Aufmerksamkeit.

**Renate Niklaus-Lanz (glp):** Danke. Wem darf ich sonst noch von den Fraktionen das Wort erteilen? Weitere Fraktionsvoten scheinen nicht mehr gewünscht. So kommen wir zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Wer möchte sich hier zu Wort melden?

**Gerhard Käser (SP):** Es hat da schon ein paar Dinge drin, die einem nicht bekannt sind, wenn man nicht dabei ist. Es ist da von dieser Arbeitsgruppe «Mobilität» und von diesem Mobilitätskonzept die Rede. Ich möchte schon kurz sagen, dass wir bereits im Gespräch nach Einreichung des Postulats merkten, dass nicht allein die Elterntaxis das Problem sind, sondern dass wir auch mit den Durchfahrtswegen ein Problem haben, vor allem im Kreuzfeld mit den Parkplätzen und so weiter. Und unter anderem aufgrund dieser Feststellung kam es zu einer Arbeitsgruppe, die extern geleitet wurde; mit allen Playern auf diesem Kreuzfeld-Areal, das heisst inklusive Musikschule und Bibliothek, die notabene Mieter der Stadt sind. Und diese Arbeitsgruppe wurde vom Gemeinderat nach einer Sitzung, die sehr vielversprechend verlief, versenkt. Diese Arbeitsgruppe gibt es nun gar nicht mehr. Und daraufhin formte sich irgendein anderes Gremium, von dem wir nicht wissen, wer dort dabei ist und was damit passiert. Es tönt extrem gut, aber diese Arbeitsgruppe, die sich ganzheitlich mit diesem Problem auf diesem Areal befassen wollte, gibt es gar nicht mehr. Dort waren wir alle eingebunden und wenn man nun diesen Bericht liest, ist das alles gut und recht, aber dies entspricht nicht der ganzen Wahrheit. Man kann dies zwar so beschreiben, aber irgendetwas versteckt sich dahinter, was nicht den Tatsachen entspricht.

Wenn man nun einfach das Gefühl hat, dass die Lehrer dort einfach nicht mehr gratis parkieren dürfen, ist das schon gut und darüber können wir gerne reden, aber ich habe Angst, dass es nun in diese Richtung läuft, dass man ein wenig die Parkplätze untersucht und sich die Durchfahrt anschaut, einen Blumentopf hinstellt, damit nicht mehr so schnell gefahren werden kann und somit dann das Problem irgendwie gelöst ist. Wir wären auf einem Weg gewesen, mit dem wir das gesamte Kreuzfeld-Areal hätten ganzheitlich anschauen können und dieser Weg wird offenbar nicht weiterverfolgt; es sei denn, dass mich nun jemand vom



Gegenteil überzeugt. Wir hörten einfach nichts mehr und wissen nur, dass es diese Arbeitsgruppe einfach nicht mehr gibt. Ich möchte Sie deshalb sehr bitten, die Abschreibung abzulehnen. Ich verstehe nicht, wie man mit einer Unfallstatistik bei einem Schulzentrum damit argumentiert, dass es nicht gefährlich ist, weil noch nichts passiert ist. Auch wenn es jetzt aktuell in der Winterzeit morgens um 07.15 Uhr wieder etwas ruhiger ist, so muss berücksichtigt werden, wie dort parkiert und dann rückwärts wieder rausgefahren wird, ohne dass es gerade für Kinder Trottoirs gibt. Ich möchte, dass man dann hinsteht und klar deklariert, dass man sich dafür einsetzte nichts unternommen zu haben oder einfach alles einmal auf die lange Bank geschoben hat. Wenn etwas passiert und es zu einem tödlichen Unfall kommt, dann bringt uns diese Statistik, die hier aufgeführt wird, wirklich nichts. Merci.

**Renate Niklaus-Lanz (glp):** Danke für die engagierten Worte. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Wünscht der Gemeinderat nochmals das Wort? Ja, Reto Müller möchte sich nochmals dazu äussern.

**Stadtpräsident Reto Müller (SP):** Wir bestimmten seitens des Gemeinderates keinen Sprecher, was ich kurz nachschaute, aber ich übernehme es gerne, mich hier nochmals im Namen des Gemeinderates zu äussern und mich quasi praesidentialiter als Sprecher zu bestimmen um hier noch zwei, drei Dinge zu erklären. Wie erwähnt geht es hier um einen Prüfbericht und es handelt sich dabei um einen ersten Zwischenstand von diversen Arbeiten, die man anfing, wobei ja auch bereits etwas hingewiesen wurde, was ich doch noch kurz präzisieren möchte, nicht dass der Eindruck erweckt wird, dass hier etwas hintenherum abgeschafft wurde oder so. Man verfolgt verschiedene Bestrebungen betreffend diese Schulareale. Es gibt drei verschiedene Schulareale mit verschiedenen Problemen. Natürlich sind diese Elterntaxis immer und überall ein Problem und auch beispielsweise pädagogische Interventionen führen bis anhin nicht zum Ziel, dass diese Eltern ihre Kinder nicht mehr oder zumindest weniger mit dem Auto zu diesen Schulzentren fahren. Deshalb ist der Ruf auch verständlich, dass man hier in der Politik verlangt, dass der Gemeinderat nun etwas unternehmen muss um Massnahmen ergreifen.

Im Prüfbericht ist unter anderem ausgeführt, dass man zusammen mit der Kommission für öffentliche Sicherheit, die auch für die Signalisation zuständig ist, einen Test im Schulzentrum Elzmatte durchführte. Ihnen ist ebenso bekannt, dass der Gemeinderat veranlasste, dass man den Bettenhölzliweg mit einer Fusswegführung und einem zusätzlichen Fussgängerstreifen für die Schulkinder sicherer oder sicher macht. Es ist also nicht so, dass der Gemeinderat einfach zuschaut und darauf wartet, dass irgendetwas passiert. Das möchte ich dem wirklich auch entgegenhalten. Wir hatten dann, was die neuen Kindergartenwettbewerbe angeht, im Stadtbauamt das Bedürfnis, dass wir ein Mobilitätskonzept für das Kreuzfeld benötigen, weil uns bekannt ist, dass dort Probleme vorhanden sind. Damit man all diese Probleme auf einem Tisch auslegen konnte, rief man im Rahmen einer Phase Null eine Runde ein, damit die Beteiligten auf Seiten Verwaltung wie auch alle Beteiligten, wie sie nun auch von Gerhard Käser als Schulleiter des Kreuzfeld 1 und 2 genannt wurden, die Probleme auflisten und auf den Tisch legen konnten. Es ist auch richtig, dass es im Gemeinderat einen Antrag gab weiterzumachen. Der Gemeinderat sagte dann aus einer Opportunität heraus, dass man jetzt noch kurz zuwartet, weil es gelang, Kapazitäten und Ressourcen zu schaffen um jemand anzustellen, der für uns für die Verkehrsplanung in der Verwaltung tätig sein wird. Deshalb wurde auch diese Arbeit unterbrochen, aber es ist nicht so, dass man nun einfach diese Gruppe auflöst oder was weiss ich macht, sondern man sagte sich, dass man jetzt nicht extern etwas vergibt, was man intern mobilisieren konnte, was dann in anderen Bereichen auch noch zum Thema wird. Und Sie erlauben mir, dass ich hier jetzt eher unter «Mitteilungen des Gemeinderates» berichterstattete. Wir werden dieses Problem nicht von heute auf morgen lösen können. Es geht aber darum, dass man auf allen Ebenen zusammenarbeitet und miteinander mobilisiert, damit eben auch pädagogisch etwas unternommen wird – ich erhielt heute ein Schreiben nach Hause geschickt, dass man für die Kinder keine Smartwachtes kaufen sollte, weil die allzu sehr ablenken ecetera, was ich sehr begrüßenswert finde. Wir werden auch da schauen müssen, dass wir in der Kommunikation mit den Eltern und in Abstimmung mit den verkehrstechnischen Massnahmen die Situation um all unsere Schulareale verbessern können. Merci für die Kenntnisnahme.

**Renate Niklaus-Lanz (glp):** Merci vielmals. So kommen wir nun zur Abstimmung. Wer gemäss dem Antrag





# Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 1. November 2021

des Gemeinderates die Abschreibung des Postulats befürwortet, soll dies nun mit der Karte bezeugen. Wer sich dagegen ausspricht, soll jetzt die Stimmkarte in die Höhe halten. Gibt es Enthaltungen?

### III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 30 Stimmen Ja gegen 4 Stimmen Nein bei 1 Enthaltung:**

- 1. Die Abschreibung des Postulats Dietrich Pascal (FDP), Hasler Beat (parteilos), Howald Carole (JL) und Mitunterzeichnende vom 3. Februar 2020 "Prüfung von Massnahmen gegen gefährliche Elterntaxis" wird abgelehnt.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 7. Dringliche Motion Fankhauser Fabian (glp) und Mitunterzeichnende vom 30. August 2021: Bessere Luftqualität an den Schulen: Stellungnahme

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Es folgt Traktandum Nr. 7 mit der dringlichen Motion von Fabian Fankhauser betreffend eine bessere Luftqualität. Das Eintreten ist zwingend und wir gehen direkt zur Beratung über.

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Die Berichterstattung des Gemeinderates liegt auch hier bereits schriftlich vor und seitens der GPK gibt es keinen Bericht. Somit erteile ich Motionär Fabian Fankhauser das Wort.

**Sprecher der Motion, Fabian Fankhauser (glp):** Zuvor beim Traktandum zur Mehrwertabgabe konnten wir den Gemeinderat ausdrücklich loben, nun bei diesem Bericht & Antrag leider überhaupt nicht. Wir waren überhaupt nicht zufrieden; nicht bezogen auf den Antrag, weil es ja möglich ist, dass man unterschiedlicher Meinung ist. Aber wir gewannen den Eindruck, dass diesem Bericht doch nicht ganz die Ernsthaftigkeit und Objektivität zugemessen wurde, wie man es eigentlich erwarten dürfte. Dabei wird beispielsweise erwähnt, dass das Kantonsparlament eine Motion ablehnte, die solche Geräte für die Volksschule beschaffen wollte, vergisst dabei aber, dass der Grossrat wie auch der Regierungsrat CO<sub>2</sub>-Sensoren an Schulen explizit empfehlen. Es wird auch nicht erwähnt, dass dies der Lehrerinnen- und Lehrerverband der Schweiz dies empfiehlt, dass es das BAG<sup>1</sup> empfiehlt, dass es die Science Task Force des Bundes empfiehlt, sodass es scheint, dass dies alles irgendwo unterging. Auch dass eine dringliche Motion zu einer Pandemie, die wir nun seit eineinhalb Jahren haben und im August 2021 eingereicht wurde, erst im November bearbeitet wird, war doch etwas enttäuschend.

Zum Geschäft selber ist zu sagen, dass es solche Geräte braucht, weil sie erstens leistungsfördernd sind, denn eine gute Sauerstoffkonzentration und damit verbunden auch eine tiefere CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Luft fördert die Konzentration. Mit einem zu hohen CO<sub>2</sub>-Wert in der Luft werden die Schülerinnen und Schüler und auch die Lehrerinnen und Lehrer schneller müde und ist somit einfach leistungssteigernd. Zweitens und damit auch der wichtigste Punkt ist, dass es die Pandemie eindämmt, weil es zu weniger Übertragungen kommt und weniger Übertragungen in der Schule heisst nicht nur, dass weniger Kinder erkranken, sondern dass auch weniger Eltern, Grosseltern und andere Personen davon angesteckt werden, die ansonsten gefährdeter dem Virus ausgesetzt sind. Das verhindert dann auch weitere Massnahmen, sind CO<sub>2</sub>-Sensoren doch Massnahmen, die die Schüler nicht einschränken und die Lehrerinnen und Lehrer nur minimal einschränken und somit durch tiefere Fallzahlen mühsamere Massnahmen wie Maskenpflicht oder Schulschliessungen verhindert werden können. Daher ist es sicher besser, nun auf eine solche Massnahme zu setzen, als danach über die anderen zu jammern. Schliesslich ist es auch eine evidenzbasierte Lösung, weil Aerosolübertragungen als Hauptübertragungsweg von Corona mittlerweile als wissenschaftlicher Konsens gilt und es unter Forscher auch keine zwei Meinungen gibt.

Die Wichtigkeit der Luftqualität wird von Epidemiologen immer wieder betont und wer bei anderen Themen wie beim Klimawandel auf die Wissenschaft hört, sollte doch bitte konsequent sein und dies hier ebenso machen. In Betrachtung des Verhältnis von Kosten und Nutzen führte der Gemeinderat schönerweise bei der Variante B ein vertretbares Kosten-Nutzen-Verhältnis als Nachteil auf, was ich sehr interessant fand. Ob es jetzt ein Nachteil ist, weil man es nicht wollte, und es dennoch zu einem vertretbaren Kosten-Nutzen-Verhältnis kam, oder ob man einfach die Nachteile der Variante A kopierte und dabei vergass, dort etwas entsprechend zu löschen, sei dahingestellt. Insgesamt liegt ein vertretbares Kosten-Nutzen-Verhältnis vor. Nach diesem Bericht gehe ich allerdings davon aus, dass es zur Variante B kommen wird, falls der Vorstoss denn auch für erheblich erklärt wird, zumal Fr. 3'000.00 doch überschaubare Kosten sind.

<sup>1</sup> BAG = Bundesamt für Gesundheit.



Zur Frage einer einfachen Handhabung ist zu sagen, dass diese Geräte analog, wie wenn man ein Handy auflädt, mit einem USB-C-Kabel eingesteckt werden können und sie daraufhin in grün, gelb oder rot leuchten. Ich traue beides unseren Lehrkräften zu, sowohl dass sie das Gerät einstecken können, als auch diese drei Farben interpretieren können. Wenn es darum geht Schwachstellen aufzudecken, war es nie das Ziel der Motion, dass man das regelmässige Lüften ersetzt, sondern es war als Ergänzung gedacht. Wenn man nicht weiss, wo sich Schwachstellen in den Zimmern befinden, so kann man diese auch nicht beheben oder entsprechende Massnahmen ergreifen. Die Aussage im Bericht war dabei mehr oder weniger, dass die Luftqualität unbekannt ist und dass es durch die Nichtanschaffung von Sensoren auch so bleiben soll. Damit kann meiner Meinung nach auch keine Aussage zur Luftqualität gemacht werden. Wie man dann zur Aussage kommt, dass in den Pausen ein Lüften ausreicht, wenn keine Datengrundlage vorliegt, ist mir nicht verständlich. Nun, wie gesagt, wird es links und rechts empfohlen. Der Kanton selber empfiehlt es nicht nur für die Volksschulen, sondern auch seinen eigenen Mittelschulen und setzt solche CO<sub>2</sub>-Sensoren auch selber ein. Die Wissenschaft, der Berufsverband und die kantonale Politik sind von der Wirksamkeit dieser Massnahme überzeugt.

Vielleicht gehe ich noch kurz auf die Gegenargumente des Gemeinderates ein, unter anderem, dass es zum Lüften keine Geräte benötigt. Das stimmt, aber um zu wissen, wann gelüftet werden sollte, braucht es dann eventuell doch Geräte. Wenn man in einem Raum sitzt und die CO<sub>2</sub>-Konzentration ansteigt, realisiert man dies eventuell nicht. Das ist der typische Moment, wenn man nach Verlassen des Raums zurückkehrt und die Luft als stickig erlebt. Der Verweis darauf, dass dies alles wieder nur kostet, ist zutreffend, da die Geräte nicht ganz gratis sind, vom Gemeinderat allerdings auch eher teuer berechnet wurden. Dabei ging man von einem Stückpreis von Fr. 150.00 aus, erhältlich sind sie hingegen ab Fr. 100.00. Wenn man dabei von Mindestkosten redet, so ist dies nicht ganz korrekt. Schlussendlich sollte auch bedacht werden, dass dies bei Variante B mit diesen Fr. 3'000.00 pro Einwohner in Langenthal Fr. 0.19 ausmacht, die man für die Gesundheit der Kinder einsetzt. Ich glaube diese Kosten sind es mehr als nur wert. Die Behauptung, dass die Geräte nicht umweltverträglich sind, kann ich ebenso nicht ganz unterstützen. Was hauptsächlich nicht umweltverträglich ist, sind vielmehr die älteren Heizungs- und Lüftungsanlagen im Gebäudepark der Stadt. Aber nun weniger zu lüften, weil die Stadt etwas alte Heizungen hat, erachte ich doch als suboptimale Lösung. Es lag dem Gemeinderat übrigens eine Offerte mit Option vor, bei der die Lüftung mit der Heizungssteuerung zusammen hätte geregelt werden können und damit sogar eine Energieeinsparung möglich gewesen wäre. Es ist sehr schade, dass dies im Bericht nicht erwähnt wird. Dass die Geräte zu wenig beachtet werden, kann natürlich vorkommen, sodass einmal ein Gerät nicht beachtet wird. Wenn jemand bei rot über die Ampel fährt, so wird die Ampel auch nicht gleich abgeschafft. Die Wirksamkeit der Geräte aus diesem Grund in Frage zu stellen, verstehe ich nicht. Natürlich können damit wohl keine räumlichen Defizite gelöst werden, aber es zeigt auf, wo Defizite vorliegen, denn ohne zu messen kann man diese auch nicht sichtbar machen und so weiss man auch nicht, in welchen Räumen zu lüften ist. Und dies ist genau das Ziel der Geräte. Das Ziel besteht nicht darin, dass der Raum umgebaut wird.

Auch der als Gegenargument aufgeführte hohe Aufwand für die Einrichtung und die Instruktion machte mich wirklich sprachlos, weil die Einrichtung daraus besteht ein Netzteil und einzustecken und das Gerät einzuschalten und es damit eingerichtet ist. Danach leuchtet es grün und viel mehr Wissen braucht es dazu nicht. Wenn das Lämpchen rot leuchtet, muss man das Fenster öffnen. Wenn dies hohe Instruktionkosten nach sich ziehen soll, so sollen sich doch die Lehrer bei der nächsten grossen Pause eineinhalb Minuten Zeit nehmen, damit ich es ihnen erklären kann und diesen Service für die Stadt gerne übernehme. Auch eine Wartung ist dabei keine erforderlich. An diesen Geräten lässt sich leider nicht sehr viel warten. Der Ressortvorsteher ist ja Ingenieur und er kann es sicher leicht erklären, wie man diese Sensoren wartet und ob man dort diese Sensoren direkt auswechselt oder ob man die Lötstellen warten muss, ich selber weiss es nicht. Aber viel zu warten gibt es an diesen Geräten nicht, sodass dies auch ein bisschen ein gesuchter Kostenpunkt ist. Und schlussendlich ist der Hinweis, dass «keine Aussage zu Virenlast und Ansteckungsrisiko» gemacht werden kann, korrekt, zumal sich nie eine Aussage zur Virenlast machen lässt, wenn man nicht weiss, ob jemand positiv ist. Dies kann man aber auch mit anderen Massnahmen wie bei der Maskenpflicht ebenso wenig feststellen. Man kann dabei die Statistik anwenden und dabei davon ausgehen, dass wenn



jemand diesen Virus oder andere Krankheiten in sich hat und eine Maske trägt und gleichzeitig eine bessere Raumluft vorherrscht, dadurch das Ansteckungsrisiko sinkt. Und genau das passiert mit diesen Geräten. Durch eine tiefere Aerosolkonzentration sinken die Virenlast und damit auch das Ansteckungsrisiko. Und es ist mittlerweile wirklich Konsens, dass solche Massnahmen beinahe mehr bringen als Hände waschen und so weiter, da ein Grossteil der Ansteckungen via Aerosolübertragungen erfolgt und es sich nicht um Schmierinfektionen handelt. Jetzt würde ich Sie doch gerne bitten, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Sinne der Gesundheit der Kinder und ihren Eltern abzustimmen und diese Fr. 0.19 pro Einwohner in Langenthal gutzuheissen. Danke.

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Danke für das sehr ausführliche Votum. Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Wem darf ich das Wort erteilen?

**FDP/jll-Fraktion, Franziska Zaugg-Streuli (FDP):** Die FDP/jll-Fraktion lehnt die Motion, wie auch eine allfällige Wandelung in ein Postulat, grossmehrheitlich ab. Die Lehrpersonen sind seit Anbeginn der Coronakrise sicherlich genügend sensibilisiert, die Räume regelmässig zu lüften, beispielsweise unter Beizug der Kinder im Sinne eines Ämtlis, damit auch während des Unterrichts der Raum gelüftet werden kann und als Massnahme für uns als ausreichend angesehen wird. Dazu braucht es nicht noch ein spezielles Gadget, das einem mit verschiedenen Farben daran erinnert, die Fenster zu öffnen. Und falls einzelne Geräte angeschafft werden sollten, so fänden wir dies analog zu Variante B in Ordnung, was unserer Meinung nach aber keinen Stadtratsentscheid benötigt. Merci.

**SVP-Fraktion, Daniel Bösiger (SVP):** Ich vertrete bei diesem Geschäft Janosch Fankhauser, der heute Abend nicht anwesend sein kann. Seit dem 11. Mai 2020 sind die Schulen mit der Frage konfrontiert, mit welchen Massnahmen in der Pandemie der Präsenzunterricht aufrechterhalten werden kann. Die Schulen sind dadurch betreffend Hygienemassnahmen sowie regelmässigem Lüften schon länger sensibilisiert. Im Laufe der Zeit tauchten diese CO<sub>2</sub>-Messgeräte in der Presse auf und auch wöchentlich flattert dazu Werbung in die Schulen, was doch auch den Verdacht aufkommen lässt, ob da nicht einfach ein neues Geschäftsmodell dahintersteckt, was nun auch den Weg in den Stadtrat fand. Die SVP-Fraktion lehnt den Vorstoss einstimmig ab. Wir wurden nicht wirklich warm damit, vermutlich weil wir eben zu häufig lüften. Wir möchten deshalb das Geld innerhalb der Schule lieber in andere Projekte investieren. Dass die Luftqualität in den Klassenzimmern oder in Schulungsräumen schlecht wird, wenn nicht gelüftet wird, weil alle Fenster und Türen geschlossen sind, ist nichts Neues. Dass das Lüften allein in der Pause, je länger der Schultag dauert, auch nicht ausreicht, ist ebenso wenig neu. Dazu gibt es eine relativ simple Messmodelle im Netz, mit der man die Luftqualität mittels einer Formel «Raumvolumen x Anzahl Personen ecetera» gratis berechnen lassen kann und sich daraus der Lüftungsfahrplan ergibt. Von dem her sind wir relativ skeptisch, ob da der finanzielle Aufwand im Vergleich dazu, was schlussendlich herauschaut und am Ende auch nicht ganz so sicher ist, in einer entsprechenden Relation steht, sodass wir diesen Vorstoss eher kritisch beurteilen. Wir haben den Eindruck, dass die Schulen im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechend sensibilisiert sind und regelmässig lüften und dies auch ohne Ampelsystem schaffen. Merci.

**SP/GL-Fraktion, Gerhard Käser (SP):** Ich sprach zuvor vom Schutz der Kinder und es ist vielleicht seltsam, wenn ich jetzt eine andere Meinung vertrete. Unsere Fraktion ist in dieser Frage ein wenig gespalten, aber wer hat schon etwas gegen bessere Luftqualität in der Schule, und dies auch unabhängig von Corona. Und nun gilt dies in Zeiten von Corona natürlich umso mehr. Grundsätzlich finde ich es auch komisch, dass niemand je mit uns das Gespräch suchte oder einmal vorbeikam um zu schauen, wie es sich konkret verhält. Nein, man wirft eine Motion in den Raum für unsere Gemeinde, ohne dass man weiss, was bei uns eigentlich alles unternommen wird und welche Massnahmen umgesetzt werden. Wir sind seit eineinhalb Jahren zum Teil Tag und Nacht daran, Massnahmen zu ergreifen und Massnahmen anzupassen. Jede Woche wird in der Schulleiterkonferenz diskutiert, ob etwas geändert und wenn ja, wie es geändert werden muss. Dann kommt aber irgendeinmal eine Motion zu diesem Thema, ohne dass man sich zuvor erkundigte. Das finde ich grundsätzlich schon einmal komisch. Die Volksschule Langenthal nimmt die Vorgaben des Kantons seit Beginn dieser Pandemie sehr ernst und passt diese Massnahmen laufend an. Dabei gehört das konsequente Lüften seit Anfang an dazu und wir kontrollieren dies regelmässig, ob es auch wirklich so gemacht



wird.

Wie bereits gesagt wurde, müssen die Lehrpersonen daran denken und es hat Schülerinnen und Schüler, die an das Lüften zu denken haben und das funktioniert in der Regel eigentlich gut. Daneben kommt noch dazu, dass es in den grössten Schulzentren K4 und K1 bereits diese kontrollierte Lüftung gibt und laut dem Hersteller gut ist. Aber auch bei uns im K2 wird sehr häufig gelüftet und gerade auch in diesen Räumen wie im Singsaal oder im Musikraum bleibt das Fenster während des gesamten Unterrichts offen, da man sich dabei zwischenzeitlich ja auch ein wenig bewegt. Auch im Winter ist das so. Und es ist so, dass wir während der gesamten Corona-Zeit, und hier kann ich gerade nur für mein Zentrum reden kann, nachweislich nur in einer einzigen Klasse Ansteckungen innerhalb der Klasse zu verzeichnen hatten. Einmal - aber es waren dann gleichzeitig acht Kinder davon betroffen, was vielleicht eben auch auf die Deltavariante zurückzuführen ist. In einer anderen Klasse gab zwei gleichzeitig Betroffene, wobei man sich aber nicht sicher ist, wie das ablief, weil es um eine Schülerin und eine Lehrperson ging, die sich ehrlicherweise gar nie so nah kamen und man nicht weiss, ob die es nicht zufälligerweise von sich aus in die Schule mitbrachten. Ansonsten hatten wir keine nachweislichen Ansteckungen innerhalb der Klasse. Ich weiss, dass es in anderen Schulzentren zu ein paar mehr Ansteckungen kam. Aber wenn man die gesamte Zeitdauer der Pandemie betrachtet, so gab es relativ wenig Infizierungen. Dazu ist nun einfach zu sagen, dass wir in der Fraktion den finanziellen Aufwand zur Anschaffung solcher Geräte mehrheitlich als zu hoch erachten. Wir sind mit dem Richtliniencharakter der Motion einverstanden und werden aber die Motion, wie auch vom Gemeinderat empfohlen, mehrheitlich ablehnen.

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Danke auch dafür. Gibt es auch noch Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher?

**Pascal Dietrich (FDP):** Ich möchte dazu noch gerne zwei Dinge anführen. Das Erste wurde bereits von Fabian Fankhauser angesprochen, was die Dauer betrifft, bis dieser Vorstoss behandelt werden konnte, wurde er doch ursprünglich als dringlich erklärt. Dabei staunte ich tatsächlich auch, dass dies so lange dauerte, bis er traktandiert wurde. Der Grund mag darin liegen, dass die Stadtverwaltung eine sechsstufige Stellungnahme verfasste, was bei mir erneut zu einem Déjà-vu führte. Ich bin nun mittlerweile deutlich mehr als zehn Jahre im Stadtrat und es passiert immer und immer wieder, dass ein solcher Aufwand seitens der Verwaltung bereits betrieben wird, bevor, bevor der Stadtrat hier über einen Vorstoss entschieden hat. Das kann man alles machen und muss man sogar machen, wenn dann der Stadtrat den Vorstoss als erheblich erklärte. Vorher ist das von mir aus gesehen übertrieben. Ich weiss, dass dazu die Meinungen teilweise auseinandergehen, aber ich glaube, dass man einen solchen Vorstoss relativ schnell und zeitnah hätte traktandieren können. Wird er dann überwiesen, muss man dies selbstverständlich alles machen und diesen Aufwand betreiben, was keine Frage ist. Wird er hingegen nicht überwiesen, so kann man sich diesen Aufwand einfach sparen.

Das Zweite betrifft die Gesundheit unserer Kinder, die wohl uns allen am Herzen liegt, wovon ich überzeugt bin. Niemand will, dass die Kinder nicht gesund sind. Die Frage ist halt einfach, wie man zu diesem Ziel kommt. In diesem Zusammenhang ist es mir ein Anliegen darauf hinzuweisen, dass in meinen Augen der Gesundheit der Kinder am meisten geholfen ist, wenn sie «unter normalen Umständen» Kind sein dürfen und das machen dürfen, was ansonsten Kinder gerne machen. Dies wäre ihrer Gesundheit am meisten zuträglich. Zuerst einmal auch, dass sie überhaupt in die Schule gehen können und die Schulen nicht geschlossen werden, was ich kreuzfalsch finde. Dass sie danach aber auch nicht dauernd eine Maske tragen müssen; für uns Erwachsene ist es unangenehm, aber zumutbar, für Kinder ist es aber einfach nicht zumutbar. Und hinzu kommt, dass sie eben auch normale Dinge unternehmen können sollen, dass Anlässe stattfinden und beispielsweise auch eine Fasnacht stattfindet und nicht, dass sie all dies während mehrerer Jahre in ihrem Leben verpassen. Das wäre der Gesundheit unserer Kinder am meisten zuträglich. Das möchte ich einfach allen hier im Saal nochmals mit auf den Weg geben. Danke.

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Merci vielmals. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder



# Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 1. November 2021

Einzel Sprecher? Da dies nicht der Fall ist und auch Fabian Fankhauser auf eine weitere Wortmeldung verzichtet, kommen wir nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziff. I zustimmen kann und diese Motion als Motion mit Richtliniencharakter qualifizieren möchte, soll dies nun mit der Stimmkarte anzeigen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen?

Nun kommen wir noch zur Abstimmung über die Erheblichkeitserklärung. Wer analog zum Gemeinderat unter Ziff. II der Meinung ist, diese Motion als nicht erheblich erklären zu wollen, soll dies nun mit Hochhalten der Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

### III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**

I. **Die dringliche Motion Fankhauser Fabian (glp) und Mitunterzeichnende vom 30. August 2021 "Bessere Luftqualität an den Schulen" wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 24 Stimmen Ja gegen 9 Stimmen Nein und 2 Enthaltungen:**

II. **1. Die dringliche Motion Fankhauser Fabian (glp) und Mitunterzeichnende vom 30. August 2021 "Bessere Luftqualität an den Schulen" wird nicht erheblich erklärt.**

**2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 8. Dringliche Interpellation Lerch Martin (SVP) und Mitunterzeichnende vom 30. August 2021: Unbefriedigende Verkehrssituation in der Stadt Langenthal: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Nun folgt Traktandum Nr. 8. Dabei geht es um die dringliche Interpellation von Martin Lerch bezüglich der Verkehrssituation. Es handelt sich dabei um ein zwingendes Geschäft und das Eintreten ist Pflicht.

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Sie konnten die Berichterstattung des Gemeinderates in schriftlicher Form nachlesen und dazu liegt kein Bericht der GPK vor. Nun nimmt der Interpellant Martin Lerch noch Stellung zur vorliegenden Antwort.

**Interpellant Martin Lerch (SVP):** Das Thema betrifft uns alle seit geraumer Zeit täglich. Ich kann zu diesem vorliegenden Bericht hier leider keine Laudatio halten. Es ging dabei ja darum vom Gemeinderat oder den zuständigen Stellen der Stadt ein Commitment zu hören, dass sich so etwas in der Zukunft nicht mehr wiederholen sollte, indem zwei Hauptverkehrsachsen weitgehend mindestens teilweise über längere Zeit blockiert sind. Zum Teil betraf es sogar eine dritte Strasse, was nun wieder vorbei ist. Gleichzeitig ging es um eine allfällige Prüfung von Sofortmassnahmen. Emile de Girardin kennt vermutlich niemand, aber er sagte mal folgenden Satz: «gouverner, c'est prévoir!». Auf Deutsch heisst das: «Regieren heisst Vorausschauen», das heisst, nicht nur schauen, sondern antizipieren, entsprechend handeln, Friktionen vermeiden, alles immer selbstverständlich im Sinn von unseren Bürgerinnen und Bürgern. Das würde für den Verkehrsbereich bedeuten, dass es eben nicht zu solchen Stausituationen kommt, auch wenn ich sehr wohl weiss, dass sich dies schnell sagen lässt und es nicht einfach ist, dies auch so umzusetzen. In der schriftlichen Antwort wird damit argumentiert, dass es sich um Sachzwänge auf Stufe Kanton und Bund handelte. Dazu kann ich einfach als jemand, der 21 Jahre für den Kanton und 10 Jahre für den Bund arbeitete, sagen, dass man auch mit diesen Stellen reden kann, wenn man rechtzeitig das Gespräch sucht und dabei Lösungen anstrebt. Für eine bessere Stafflung dieser Arbeiten könnte man eben das vermeiden, worunter täglich Hunderte, wenn nicht noch mehr, zu leiden haben. Sich nervenzerrend im Stau zu befinden ist volkswirtschaftlich schädlich, was ich hier jetzt nicht alles zu wiederholen brauche. Es ist zudem auch ökologisch problematisch und stellt eine Gefährdung dar, weil dadurch der Verkehr in die Quartiere ausweicht und so weiter und so fort. Und dies kann dann letztlich auch Schulgebiete betreffen.

Ich muss sagen, dass die Antwort mager, sehr mager ausfällt und ich sie zweimal lesen musste, da auf die erste Frage gar nicht geantwortet wurde. Dieses Commitment fehlt also und man ist offensichtlich nicht willig, dies in Zukunft besser zu machen. Ich rühmte das schweizerische Politsystem zehn Jahre lang in Berlin und London, verwies darauf, wie toll es mit der Konkordanz funktioniert und man miteinander redet und zusammen Lösungen sucht. Ich bin dadurch jetzt noch nicht negativ geprägt, aber diese Antwort versetzte mir in dieser Hinsicht doch auch einen kleinen Dämpfer. Auch zum zweiten Punkt, dass dieser im August 2021 als dringlich eingereichte Vorstoss nun erst im November behandelt wird, ist zu konstatieren, dass er somit nicht mehr als dringlich abgehandelt wurde. Dies ist umso enttäuschender, als dass man dafür nicht substantziell eine Antwort zu suchen hatte. Meine Damen und Herren, es geht hier eigentlich um grundsätzliche Fragen und Probleme, nämlich um die Frage, wie wir miteinander zusammenarbeiten und miteinander umgehen. Der einzige Zweck, dass wir dies aus meiner Sicht optimieren müssen, ist nicht, weil nun hier die Antwort dem Lerch nicht passt. Es handelt sich dabei doch immerhin um einen parlamentarischen Vorstoss mit mehreren Unterzeichnern, und letztlich geht es um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger. Dem sind wir alle zusammen verpflichtet und dafür setzte ich 30 Jahre meines Lebens ein und dafür werde ich mich immer entsprechend engagieren.

Wenn man schon nicht eine substantielle Antwort auf die erste Frage geben will, so hätte ich zumindest erwartet, dass man darauf hinweist, dass man nichts mehr machen konnte und sich bei den Bürgerinnen



# Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 1. November 2021

und Bürgern vielleicht auch entschuldigt. Das wäre Stärke und das wäre Format von mir aus gesehen. Im Sinn von Art. 54 des Geschäftsreglements dieses Stadtrates kann ich nicht mehr sagen, als dass ich eigentlich mit dieser Antwort nicht befriedigt bin. Und das mache hier nun auch selbstverständlich und es wurde schlicht und ergreifend die eine Frage nicht beantwortet. Ich überlegte mir dann, was zu tun ist. Ich könnte ja theoretisch diese Interpellation nochmals einreichen. Das wollen wir uns aber nicht antun. Wir könnten dazu eine Diskussion abhalten heute Abend und auch das bringt wohl nichts. Gemäss Reglement gibt es die Möglichkeit einer parlamentarischen Erklärung, was wohl ebenso nicht viel bringt. Ich kam zur Lösung, dass ich nochmals eine Interpellation zu einem anderen Thema mache. Das hätte ich ansonsten nicht gemacht, weil ich nicht unbedingt die Stadtverwaltung und den Gemeinderat mit seinen vielfältigen Aufgaben zusätzlich belasten möchte, aber ich kam zu diesem Schluss, da ich auch deutliche Signale aus diesem Stadtrat bekam, dass viele dies so wie ich empfinden. Im neuen Vorstoss geht es diesmal um das Thema «Zusammenarbeit Stadtrat – Gemeinderat» und wie wir in Zukunft interagieren und miteinander umgehen wollen. Sie hören dann anschliessend den Wortlaut dieses Vorstosses. Damit schliesse ich, besten Dank.

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Danke vielmals für diese Stellungnahme. Wie es Martin Lerch bereits antönte, findet nur dann eine Diskussion statt, wenn der Rat dies möchte. Und er sagte gleich selbst, dass dies eigentlich nicht der Fall ist. So kommen wir zur Abstimmung über die Abschreibung. Wer mit der Abschreibung dieser Interpellation einverstanden ist, hält seine Stimmkarte in die Höhe. Gegenmehr? Enthaltungen?

### III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

1. **Die dringliche Interpellation Lerch Martin (SVP) und Mitunterzeichnende vom 30. August 2021 "Unbefriedigende Verkehrssituation in der Stadt Langenthal" wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---





## 9. Motion der FDP/jll-Fraktion vom 30. August 2021: Budget und Finanzplan ohne Steuererhöhung: Stellungnahme

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Dann kommen wir zu Traktandum Nr. 9 betreffend die Motion der FDP/jll-Fraktion zu Budget und Finanzplan. Auch hier gilt, dass es sich um ein zwingendes Geschäft handelt und der Rat darauf einzutreten hat.

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Wir fahren direkt mit der Beratung fort. Auch dazu liegt Ihnen der Bericht des Gemeinderates schriftlich vor und die GPK verzichtet auch hier auf eine Stellungnahme. Darf ich somit dem Motionär Diego Clavadetscher das Wort übergeben.

**Sprecher der Motion, Diego Clavadetscher (FDP):** Vorab eine kleine Klarstellung: Ich bin nicht Motionär, sondern ich bin der Sprecher der Motion. Motionärin ist die FDP/jll-Fraktion. Um was geht es bei dieser Motion? Es geht heute bei diesem Traktandum erneut um institutionelle Defizite in unserer Parlamentsdemokratie. Das Thema Steuererhöhung ist ein Thema, das die Politik bis hinunter zur Stimmbürgerin und dem Stimmbürger bewegt. Das Thema wurde vom Gemeinderat angegangen; das erste Mal im Rahmen seiner Regierungsrichtlinien, in denen er unter den strategischen Leitsätzen verschiedene Ziele aufführte; unter anderem, dass er beabsichtigt ein attraktiver Steuersatz aufrecht zu erhalten, auch die Reduktion des Defizits anstrebt und die Stadt seine Effizienz steigern soll. Das sind alles tolle Ziele. Dabei erinnere ich daran, dass der Stadtrat diesen Bericht lediglich zur Kenntnis nehmen kann, was ich auch nicht in Frage stellen möchte. Das macht er und somit war in diesem Moment alles in Butter. Anschliessend folgte vor einigen Wochen das nächste Geschäft mit dem Finanzplan. In diesem Finanzplan wird dann vorausblickend eine Steuererhöhung angekündigt. Auch dieses Geschäft kann der Stadtrat nur zur Kenntnis nehmen. Es gibt eine Diskrepanz zwischen diesen beiden einseitigen Übermittlungen, die seitens des Gemeinderates gegenüber dem Stadtrat erfolgten. Auf diese Diskrepanz suchten wir eine Antwort. Wir hätten die Antwort mittels einer Interpellation realisieren können, versuchten sie nun aber mit einer Motion zu bekommen. Mit dieser Motion hatten wir die Absicht zu schauen, wieso es diese Diskrepanz zwischen diesen beiden Dokumenten gibt, die der Gemeinderat in eigener Kompetenz verabschiedete und der Stadtrat nicht diskutieren kann. Gleichzeitig wollten wir wissen, wo der Gemeinderat das Problem ortet?

Und offensichtlich ortet der Gemeinderat, zu Recht oder zu Unrecht, das Problem beim Stadtrat, was dann noch einmal zu diskutieren wäre. Dies wurde zwar moderat formuliert, wird aber klar zum Ausdruck gebracht, dass «der allfällig notwendige und gewünschte Leistungsverzicht folglich von politischer Seite gewollt sein und gestützt werden müsste, was in vielen Fällen leider nicht feststellbar ist». Das Problem wird also auf diejenige Instanz geschoben, bei der eben in vielen Sachfragen die Kompetenz liegt. Was ist nun die Erkenntnis aus dieser Aussage? Die Erkenntnis ist doch die, dass man eben dieses Organ, bei dem die Entscheidungskompetenz liegt und offenbar nicht immer ganz so weitsichtig arbeitet, wie es sollte, einbindet. Und heute, und blicke ich ein zweites Mal zurück, passierte eigentlich etwas Bahnbrechendes. Wenn wir nochmals auf das Traktandum über die Mehrwertabgabe zurückblicken, so stimmten plötzlich Damen und Herren, die vor einigen Monaten noch mit T-Shirts mit dem Aufdruck «Make Love – not zweite Lesung» herumliefen, ganz überraschend für eine 2. Lesung. Offenbar ist in breiten Kreisen unseres Stadtrates der Nutzen und die Notwendigkeit der parlamentarischen Arbeit und der Diskussion und des Austausches erkannt worden, damit Lösungen gefunden werden können. Auch dieses Mehrwertabgabe-Reglement ist das Produkt davon, das man nämlich vor der Stadtratssitzung in der Kommission das Thema miteinander besprach und zusammen mit Gemeinderat und Stadtrat beriet, sodass am Schluss alle zusammen dahinterstehen können. Die Schlussfolgerung sollte doch sein, daraus zu lernen, um in dieser grossen und politischen Frage vorwärtszukommen. Könnte es demnach nicht auch eine Lehre sein, dass der Gemeinderat den Stadtrat in einer solchen Frage früher an Bord holt, als dass er dies nun während Jahrzehnten praktizierte?



# Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 1. November 2021

Letztendlich ist das Budget, anhand dessen dann die Steuererhöhung dem Volk unterbreitet wird, ein Dokument, das zuerst dem Stadtrat unterbreitet wird. Wollen wir diesbezüglich im Stadtrat eine entsprechende Qualität erzielen, so müssen wir die Chance bekommen, uns dazu vorzeitig einbringen zu können. Das ist keine arrogante Auffassung, da wir damit nicht behaupten, dass dies der Stadtrat unbedingt besser macht als der Gemeinderat. Sie erinnern sich vielleicht daran, dass der Sprecher unserer Fraktion den Gemeinderat bei der letzten Budgetdebatte explizit lobte, da er dabei kurzfristig noch entscheidende Verbesserungen vorlegte.

Aus unserer Antwort zu unserer Motion glauben wir nun zu entnehmen, dass in diesem Bereich irgendwie ein bisschen das Pulver verschossen ist und wahrscheinlich eben die andere Institution, der Stadtrat, angesprochen werden müsste. Wenn man dies machen und den Stadtrat in dieser Frage früher einbeziehen würde, so würde sich daraus vielleicht eine breitere Sicht ergeben und würde zu einem Involvieren derjenigen führen, die am Ende die Entscheidung treffen. Es geht dabei nicht darum, die Konfrontation zu suchen, auf die es dann aber hinausläuft, wenn man sich erst in der Budgetsitzung miteinander austauschen kann. Vielmehr geht es darum, etwas Gemeinsames miteinander zu erarbeiten und das Gemeinsame und nicht das Gegeneinander anzustreben.

Somit kann man nochmals auf die heutige Stadtratssitzung zurückblicken. Im letzten Traktandum sprach Martin Lerch die Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Gemeinderat und auch die Qualität unseres Landes, die international beachtet wird, an, indem gemeinsam nach Lösungen gesucht wird. Dies setzt voraus, dass man eben frühzeitig via Institutionen miteinander zu reden beginnt. Und dies wäre möglicherweise ein Ansatz, um die schwierige Frage dieser möglicherweise notwendigen, möglicherweise im Moment aber noch nicht notwendigen Steuererhöhung auf eine demokratisch qualitativ gute Art und Weise vorwärtszubringen. Was entnehmen wir nun aus dieser Antwort zur Motion? Wir lasen heraus, dass der Gemeinderat an dieser Motion keine Freude hat. Der Gemeinderat sieht die Verantwortung beim Stadtrat und die Konsequenz daraus müsste doch sein, dass man eben dieses schweizerische «Miteinander reden» und das «Miteinander nach Lösungen suchen» gemeinsam leben müsste.

Wir wollen als Fraktion ein Zeichen setzen für eine nicht konfrontative, lösungsorientierte Kommunikation. Dieses Zeichen setzen wir heute in der Art, indem wir diese Motion zurückziehen. Mit dem Rückzug dieser Motion ändert sich nichts an unserer Haltung, dass man diese Steuererhöhung so lange wie möglich, und so lange wie richtig, vermeiden sollte. Wir möchten damit aber ein neues Momentum in unsere Politik eintragen und dazu anregen, wie man auf Seiten des Gemeinderates vorgehen könnte, um hier an diesem gordischen Knoten zu arbeiten, indem eben beispielsweise eine Kommission einberufen wird, oder vielleicht auch eine noch gescheiterte Lösung gefunden wird. Und auch das Parlament wird mit diesem Rückzug eingeladen, sich zu Art. 28 Abs. 2 seiner Geschäftsordnung Gedanken zu machen, ob auch dazu Anträge gestellt werden müssten, damit man dann gut arbeiten kann. Das, was wir damit andeuten, ist nichts Exotisches, da auch andere Parlamentsgemeinden in diesem Kanton die Finanzkommission auf Stufe Parlament, und nicht auf Stufe Gemeinderat, ansiedeln. Ob das richtig oder falsch ist, kann man diskutieren. Aber man könnte ähnlich, wie dies nun beim Mehrabgabereglement erfolgte, mit einer gemischten Kommission an diesem Thema weiterarbeiten. Noch einmal zusammengefasst: An unserem Anliegen, gesunde Stadtfinanzen zu haben und einen attraktiven Steuersatz anzubieten, ändert sich nichts. Wir wollen aber eine Tür öffnen, dass man für diese nicht einfache Frage neue Ansätze findet. Wir erinnern zudem daran, dass dieses Thema nächstens wieder im Parlament zur Diskussion steht. Dazu wird dann halt eine Antwort des Gemeinderates auf diese Motion fehlen, aber vielleicht kann man unsere Ideen, wie hier nun dargelegt, mitaufnehmen, sodass wir als Fraktion das weitere Vorgehen besprechen werden, wenn wir wissen, was der Gemeinderat darüber denkt. Der Dialog kann Früchte tragen, was sich auch an der heutigen Stadtratssitzung zeigte, und der sollte auch in dieser Frage Früchte tragen. Und so, und nur so ist unser Rückzug dieser Motion zu verstehen.

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Vielen Dank Diego Clavadetscher als Sprecher dieser Motion. Das heisst nun, dass diese Motion gemäss Art. 45 der Geschäftsordnung des Stadtrates zurückgezogen wurde und wir deshalb ohne Abstimmung zum nächsten Traktandum übergehen.



### III Abstimmung:

Keine.

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Wir kommen unter Traktandum Nr. 10 zu den Mitteilungen des Gemeinderates. Nein, vorher wünscht noch Gemeinderat Roberto di Nino das Wort.

**Gemeinderat Roberto di Nino (SVP):** Obwohl nun diese Motion zurückgezogen wurde, ist es mir doch wichtig, dazu zwei, drei Worte darüber zu verlieren. Ich danke der FDP-Fraktion sehr für diesen weisen Entscheid. Ich finde ihn richtig und wichtig. Diego Clavadetscher sagte einiges und er redete auch über die Zusammenarbeit von Gemeinderat und Stadtrat, gerade auch in diesem wichtigen und sensiblen Thema der Stadtfinanzen, was auch in Verbindung steht mit der Steueranlage. Es ist so, dass es eine Finanzkommission gibt, die aber keine stadträtliche Kommission ist, sondern als eine vorbereitende Kommission des Gemeinderates fungiert. Dabei ist aber nicht zu vergessen, wer diese Mitglieder nominiert, sind dies doch die Parteien. Und als Ressortvorsteher fällt mir das immer wieder auf, dass manchmal die Rückkoppelung zwischen den Finanzkommissionsmitgliedern und ihren Fraktionen – sagen wir mal so, suboptimal ist. Vielleicht kann ich hier den Ball auch ein wenig zurückgeben und dazu auffordern, mit Ihren Finanzkommissionsmitgliedern eine nähere Zusammenarbeit zu suchen, um diesen Austausch entsprechend verbessern zu können.

Wie bereits Diego Clavadetscher sagte, steht auch der Gemeinderat für eine gegenseitige Diskussion und Zusammenarbeit ein. Und er tönte es bereits an, dass an der nächsten Stadtratssitzung eine überparteiliche Motion zum selben Thema behandelt wird. Diese Motion ist nicht so rigoros formuliert wie diejenige, die heute zurückgezogen wurde, sondern einfach eine, die Varianten zur Diskussion stellt, so dass Sie als Stadtrat dann auch die entsprechenden Entscheidungsgrundlagen erhalten, um hier wirklich fundiert darüber befinden und urteilen zu können. Ich kann es vorneweg nehmen, da ja die entsprechende Frage bereits gestellt wurde, dass diese neue Motion bereits im Gemeinderat behandelt wurde und er diese auch unterstützt. In dem Sinn rennen Sie eigentlich mit dieser Debatte und dieser Diskussionskultur, die hier gestützt und gefordert wird, beim Gemeinderat offene Türen ein. Merci.

**Stadtratspräsidentin Niklaus Lanz-Renate (glp):** Besten Dank auf für diesen Wortbeitrag, der sich ja eigentlich noch auf Traktandum Nr. 9 bezieht.

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 10. **Mitteilungen des Gemeinderates**

---

Keine.

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 11 A. Eingereichte Motion der SP/GL-Fraktion und der glp/EVP-Fraktion vom 1. November 2021: Aktive Förderung von Fahrgemeinschaften zwischen Autofahrer:innen

Motionstext:

### **" Aktive Förderung von Fahrgemeinschaften zwischen Autofahrer:innen**

*Antrag: Der Gemeinderat wird beauftragt in Zusammenarbeit mit anderen interessierten Akteur:innen Fahrgemeinschaften zwischen Autofahrer:innen (Carpooling) zu fördern. Damit die Förderung von Fahrgemeinschaften erfolgreich ist, sollten insbesondere folgende Punkte in die Überlegungen einbezogen werden:*

- *Es braucht eine geeignete Plattform, auf welcher sich interessierte Autofahrer:innen mit ähnlichen Wegen finden können. Dabei kann auf schon existierende Plattformen zurückgegriffen werden, falls diese in der Anwendung kundenfreundlich sind (HitchHike<sup>1</sup> oder e-carpooling<sup>2</sup> entwickeln beispielsweise eigene Mitfahrzentralen für Gemeinden).*
- *Die Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden und interessierten Unternehmen aus der Region ist anzustreben.*
- *Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierungsarbeit, welche das Angebot bei der Bevölkerung bekannt macht und die Vorteile für die Nutzenden aufzeigt, ist zu befürworten (z.B. Informationsveranstaltungen, Webauftritt oder Beratungsangebote für Unternehmen).*
- *Ein Anreizsystem einführen, damit der Umstieg auf Carpooling attraktiv ist. Denkbar wären beispielsweise reservierte oder vergünstigte Parkplätze für Fahrgemeinschaften.*

*Begründung: Mit der Ratifizierung der Klima- und Energiecharta anerkennt die Stadt Langenthal, dass die Klimaerwärmung gegenüber der vorindustriellen Zeit auf 1.5 Grad begrenzt werden muss.<sup>3</sup> Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine rasche Senkung der Treibhausgasemissionen notwendig. Der Verkehr (ohne internationalen Flug- und Schiffverkehr) ist in der Schweiz der grösste Emittent und für 32% der Treibhausgasemissionen verantwortlich.<sup>4</sup> Aus diesem Grund ist die Verkehrspolitik ein wichtiger Hebel, um die Treibhausgasemissionen erfolgreich zu senken. Wie die Studie „Szenarien fossilfreier Verkehr“ von INFRAS im Auftrag des VCS aufzeigt, ist nebst dem Umstieg zur Elektromobilität die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs notwendig.<sup>5</sup> Die Förderung von Fahrgemeinschaften ist geeignet um die Verkehrsnachfrage zu verringern.*

*Fahrgemeinschaften bieten sich im Arbeitsverkehr besonders an, da sowohl Ankunfts- und Abfahrtsort als auch Abfahrtszeiten im Voraus planbar sind. Zudem zeigt sich in der Schweiz, dass im Arbeitsverkehr lediglich eine Person im Auto sitzt (Besetzungsgrad von 1.06).<sup>6</sup> Da der Verkehr gemeindeübergreifend ist, ist eine Kollaboration mit den umliegenden Gemeinden sinnvoll. Eine überregionale Herangehensweise bietet Langenthal zudem die Möglichkeit, die Zentrumsfunktion im Oberaargau zu unterstreichen. Weiter ist die Zusammenarbeit mit ortsansässigen Unternehmen erstrebenswert. Werden Fahrgemeinschaften zwischen Autofahrer:innen gefördert und der Besetzungsgrad pro Auto erhöht, hat dies nebst der Reduktion der Treibhausgasemissionen vielerlei Vorteile: Die Nutzer:innen können unter sich die Kosten aufteilen, Unternehmen und die Stadt müssen weniger Parkplätze zur Verfügung stellen und das Verkehrsaufkommen auf den Strassen kann massiv entlastet werden. Dies führt zu weniger Stau und somit kürzeren Wartezeiten. Wird der motorisierte Individualverkehr mit solchen Massnahmen erfolgreich reduziert, kann die Lärmbelastung minimiert und die Verkehrssicherheit für den Langsamverkehr erhöht werden. Bewohner:innen aus Gegenden, in welchen der öffentliche Verkehr schlecht erschlossen ist, erhalten die Möglichkeit, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten."*



# Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 1. November 2021

## Quellen:

1: HitchHike (2021). So funktioniert: <https://www.hitchhike.ch/so-funktioniert/#funktionsweise>.

2: e-carpooling (2021). Carpooling für Gemeinschaften: <http://www.e-carpooling.ch/index.php/de/unternehmengemeinschaften/carsharing-fuer-gemeinschaften>.

3: Jugendpostulat vom 28. Oktober 2019. Klimanotstand in Langenthal: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung, Traktandum 9 Stadtrat, 28. Juni 2021.

4: Bundesamt für Umwelt (2021). Klima: Das Wichtigste in Kürze: <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/inkuerze.html>.

5: Sutter, Daniel, Hans-Jörg Althaus, Brian Cox und Lutz Ickert (2020). Szenarien fossilfreier Verkehr, INFRAS, Zürich.

6: Bundesamt für Raumentwicklung (2021). Analysen und Umsetzung im Modell: <https://www.are.admin.ch/are/de/home/mobilitaet/grundlagen-und-daten/verkehrsmodellierung/npvm/analysen.html#-556415756>.

Fanny Zürn

(Erstunterzeichnende)

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 11. B Eingereichte Motion Fankhauser Fabian (glp) und Lehmann Päivi (SP) vom 1. November 2021: Komplettierung Solaranlage Schiessanlage Weier

Motionstext:

### **"Komplettierung Solaranlage Schiessanlage Weier**

*Antrag: Der Gemeinderat wird beauftragt, auf dem frisch sanierten Gebäude bei der Schiessanlage Weier eine Photovoltaikanlage zu errichten und zu betreiben. Weiter wird der Gemeinderat beauftragt, die bereits erstellte Anlage (im Contracting mit SOKAG), zum im Vertrag festgelegten Restwert (2022: CHF 34'763), zurückzukaufen, so dass die ganze Anlage in Eigenregie betrieben wird.*

*Es soll angestrebt werden, dass alle Dachflächen, die gemäss Solarrechner des Bundesamts für Energie BFE «gut» oder besser geeignet sind, mit Photovoltaik belegt sind, soweit die jetzige Stromleitung und die Dachkonstruktion dies zulassen.*

*Begründung: Es hat sich klar herausgestellt, dass ein Contracting bei der Nutzung einer Schiessanlage aufgrund des geringen Energiebedarfs wenig Sinn macht. Die jetzige Situation ist daher unbefriedigend, und entspricht bestimmt nicht dem, was sich der Stadtrat vorgestellt hat, als man entschieden hat eine Photovoltaikanlage zu erstellen.*

*Langenthal soll als Energiestadt ein Vorbild sein und bei Sanierungen die Möglichkeit nutzen um auf geeigneten Dachflächen erneuerbaren Strom zu produzieren. Der Rückkauf aus dem Contracting bietet den Vorteil beim Eigenverbrauch den tatsächlichen Preisvorteil der Gestehungskosten auszuschöpfen und die ganze Anlage als Einheit zu betreiben. Ein Dach mit zwei Anlagen, die auch noch unterschiedliche Besitzer haben, scheint wenig Sinn zu machen.*

*Der Gemeinderat wird ausdrücklich gebeten eine realistische Kosten- und Ertragsschätzung zu präsentieren, dazu gehört insbesondere auch ein möglicher Ertrag durch die Herkunftsnachweise des Stroms."*

Fabian Fankhauser  
(Erstunterzeichnender)

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



11 C.

## Eingereichte Interpellation Lerch Martin (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP), Fankhauser Fabian (glp), Fankhauser Janosch (SVP) und Mitunterzeichnende vom 1. November 2021: Praxis des Gemeinderates bezüglich Beantwortung von politischen Vorstössen von Stadtratsmitgliedern

Interpellationstext:

### **"Praxis des Gemeinderates bezüglich Beantwortung von politischen Vorstössen von Stadtratsmitgliedern**

Anfrage:

1. Der Gemeinderat wird angefragt, nach welchen Kriterien er politische Vorstösse (Motionen, Postulate, Interpellationen) von Mitgliedern des Stadtrates beantwortet? Insbesondere interessiert, wieso in letzter Zeit diverse konkrete Fragen bei politischen Vorstössen gar nicht oder nur oberflächlich beantwortet worden sind? Ist der Gemeinderat bereit, in Zukunft zu einer verlässlichen Praxis zurückzukehren und alle Fragen von politischen Vorstössen nach bestem Wissen und Gewissen, sachlich, objektiv und umfassend zu beantworten? Erachtet es der Gemeinderat als nötig und zielführend, die einschlägigen gesetzlichen Grundlagen gegebenenfalls zu präzisieren und anzupassen? Oder sieht er andere Möglichkeiten zur Qualitätssicherung?
2. Weiter wird der Gemeinderat ersucht, dazulegen, wie seine Praxis bei dringlich erklärten Vorstössen aussieht. Macht es beispielsweise Sinn, einen im August als dringlich erklärten Vorstoss erst im November zu beantworten, obwohl offensichtlich kein Abklärungsbedarf bestand und teilweise nicht einmal die konkret aufgeworfenen Fragen beantwortet wurden? Welche Möglichkeiten zur Qualitätssicherung sieht der Gemeinderat? Braucht es angesichts der unbefriedigenden Praxis der letzten Zeit Anpassungen bei den einschlägigen gesetzlichen Grundlagen?
3. Ist der Gemeinderat nicht auch der Ansicht und bereit, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger und in Respektierung der Rolle und Aufgaben des Stadtrates in Zukunft die politischen Vorstösse wieder vollumfänglich, zügig, transparent, sachlich, wahr und objektiv zu beantworten?

*Begründung: In letzter Zeit war im Stadtrat in verschiedenen Fraktionen vermehrt ein latentes Unbehagen spürbar und wurde teilweise auch artikuliert, wonach Fragen, die in politischen Vorstössen formuliert wurden, zum Teil nur oberflächlich oder gar nicht beantwortet worden sind. Unrühmlicher Höhepunkt in dieser Entwicklung war dabei eine dringlich erklärte Interpellation zur aktuellen, unbefriedigenden Verkehrssituation in Langenthal vom August 2021, die erst im November und zwar nur teilweise, bzw. gar nicht beantwortet worden ist.*

*Es liegt in der Natur der Sache, dass die Mitglieder des Parlaments von ihren gesetzlichen Möglichkeiten, Vorstösse einzureichen, Gebrauch machen. Dies ist eine ihrer Kernaufgaben, schafft Transparenz und dient dem Stadtrat als gesetzgebendem Organ zur Beurteilung, ob legislatorischer Handlungsbedarf besteht. Dabei ist das Parlament darauf angewiesen, dass der Gemeinderat zu thematisierten Anliegen und aufgeworfenen Fragen sachlich korrekt, zügig, objektiv, umfassend und gemäss Dringlichkeit Stellung nimmt. Der Stadtrat und die Stadtregierung müssen dabei möglichst gut interagieren, um ihre Aufgaben zum Wohle und im Interesse der Bevölkerung bestmöglich wahrnehmen zu können."*

Martin Lerch

(Erstunterzeichnender)

Protokollauszug an

■ Gemeinderat





# Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 1. November 2021

---

## In eigener Sache

**Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp):** Somit kommen wir zum Schluss dieser Sitzung. Die nächste Stadtratssitzung ist auf Montag, 29. November 2021 wieder hier im Parkhotel terminiert. Der Beginn ist dabei auf 19.00 Uhr vorgesehen. Bereits nächste Woche erfolgt dazu der entsprechende Aktenversand. Merci vielmals für das aktive Mitmachen, die interessanten Vorstösse und dass Sie so diszipliniert die Regeln einhielten. Kommen Sie gut nach Hause und ich wünsche Ihnen allen bis Ende November in dieser dunklen Jahreszeit ein bisschen Licht.